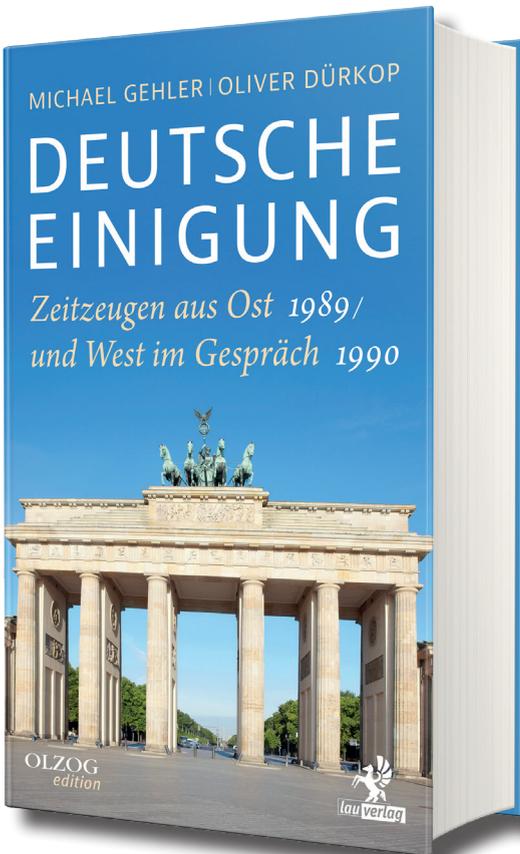


Leseprobe aus:

Michael Gehler | Oliver Dürkop
Deutsche Einigung 1989/1990

Zeitzeugen aus Ost und West im Gespräch
Gebunden mit Schutzumschlag und Lesebändchen.
1844 Seiten mit 158 s/w Abbildungen und Fotos.
Format 15,5 x 24 cm.
€ 48,00 [D] | € 49,40 [A]
ISBN 978-3-95768-223-9



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf:
www.lau-verlag.de

MICHAEL GEHLER | OLIVER DÜRKOP (HRSG.)

DEUTSCHE EINIGUNG

*Zeitzeugen aus Ost 1989/
und West im Gespräch 1990*



**Bibliografische Information
der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-95768-223-9
© 2021 Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek
Internet: www.lau-verlag.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung
und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagentwurf: pl, Lau-Verlag, Reinbek
Umschlagabbildung: © Istockphoto/AndreaAstes
Satz und Layout: pl, Lau-Verlag, Reinbek
Druck und Bindung: GK Druck Gerth und Klaas GmbH & Co. KG, Hamburg
Printed in Germany

Inhalt

Vorwort und Danksagung	13
Einleitung	17
Michael Gehler Inhaltliche Hinführung: Der Weg zur deutschen Einheit. Ursachen, Anlässe, Folgen und Wirkungen	17
Oliver Dürkop Einführung in die Zeitzeugenedition – eine Chronik	40
Oliver Dürkop und Michael Gehler Zeitzeugen-Charakterisierungen	43
I. Akteure des Übergangs zwischen Erhalt, Reform und Transformation der DDR	129
Egon Krenz Der 9. November 1989 – Geschichte, Verlauf und Folgen	131
Die Niederlage der DDR – Teil des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus in Europa	152
Gründung und Untergang der DDR als Wendepunkte europäischer Geschichte	161
»Es ist auch das Erbe der DDR, dass sie sich aus der Geschichte verabschiedet hat, ohne dass ein Tropfen Blut geflossen ist.«	175
Dokumente aus dem Bundesarchiv und der Stasi-Mediathek	207
Hans Modrow »19. Dezember 1989: Dresden war für Kohl der Rubikon, dahinter gab es für ihn kein Zurück mehr. Es ging nur nach vorn, und das hieß für ihn: deutsche Einheit.«	233

Lothar de Maizière

»Herr Präsident Gorbatschow, die Zeit, in der ein Ministerpräsident der DDR zum Befehlsempfang kommt, ist vorbei. Ich komme als freigewählter Ministerpräsident einer freigewählten Volkskammer.« 287

Gregor Gysi

»Der Westen war für uns so weit weg wie der Mond.« 383

Günther Krause

»Kohl war wohl der beste Ossi.« 401

II. DDR-Bürgerrechtler und Mitgestalter der deutschen Einheit 445

Markus Meckel

»Die deutsche Einheit war Ergebnis von Verhandlungen von zwei demokratisch gewählten Regierungen, zum einen miteinander, zum anderen mit den Alliierten des Zweiten Weltkrieges.« 447

Friedrich Schorlemmer

Freude, schöner Götterfunken – Freiheit, schöner Götterfunken 471

»Ab 7. November 1989 bekamen wir dann einen Hoffnungsträger, dem wir viel zu verdanken hatten, der aber nicht Michail Gorbatschow, sondern Hans Modrow hieß.« 478

Richard Schröder

Die deutsche Revolution 1989 und ihre Folgen am Beispiel der Montagsdemonstrationen in Leipzig 485

»Die SED-Verfassung von Honecker war zu einem inkonsistenten Flickenteppich geworden und enthielt nach wie vor vieles, das einer Marktwirtschaft widersprach.« 498

Wolfgang Thierse

»Wir staunten über uns, wie viel Mut und Heiterkeit und wie viel Fantasie und Frechheit plötzlich vorhanden waren.« 531

III. Banken, Finanzen, Wirtschaft, Industrie und Treuhand	559
Burkhard Berndt	
Die Treuhandanstalt im Kontext der deutschen Einigung	561
»Die Treuhand selbst glaubte 1990 noch, die Kosten der Wiedervereinigung aus den Verkaufserlösen hereinholen zu können.«	573
Klaus Blessing	
»Der eigentliche Kracher war nicht die Treuhand, sie wickelte es nur ab, sondern die Währungsunion.«	585
Manfred Domagk	
»Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es ein Fehler Ulbrichts war, Honecker als ›Kronprinzen‹ überhaupt in Stellung zu bringen.«	605
Walter Hirche	
»Eine Alternative zur Treuhand sehe ich nachträglich nicht.«	627
Hans-Joachim Lauck	
»Wie 18 Millionen Menschen gearbeitet, gelebt und gefeiert haben, ist nur unzureichend wiedergegeben.«	647
Walter Siegert (†)	
»Die D-Mark galt als politisches Zugpferd für die Wiedervereinigung. Das war politisch gut kalkuliert.«	661
Peer Steinbrück	
»Die SPD ist 1989/90 völlig gespalten gewesen und zwar zwischen den Antipoden Willy Brandt und Oskar Lafontaine!«	721
Hans Reckers	
»Es war wichtig, dass die neue DDR-Regierung schnell handlungsfähig wurde.«	749
Hans Tietmeyer (†)	
»Per Saldo haben wir eine tragfähige Währung geschaffen.«	763

Theo Waigel

»Über den wirklichen Zustand des Kapitalstocks der DDR
waren wir uns nicht so im Klaren.« 769

Bildaufnahmen von politischen Akteuren und Zeitzeugen I. 787

IV. Minister und Politiker in verschiedenen Bereichen 805

Egon Bahr (†)

»Während meines gesamten politischen Lebens bin ich davon
ausgegangen, dass die Einheit eines Tages Realität werden würde.« 807

Norbert Blüm (†)

»Wenn wir nicht ›1:1‹ umgetauscht hätten, so hätte
die Wiedervereinigung im Westen stattgefunden.« 831

Bernhard Brinkmann

»Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört.« 839

Wolfgang Gerhardt

»Diese freiheitliche Verfassung ist niemandem übergestülpt worden.
Sie hat 18 Millionen die Freiheit gebracht.« 861

Christian Schwarz-Schilling

»Die Zeit, dass man einen Telefonanschluss wegen der langen
Wartezeit praktisch vererben musste, war endgültig vorbei.« 883

Rudolf Seiters

Deutschlands Einheit, die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und
Europa. Erfahrungen eines Akteurs. 909

»Bundeskanzler Kohl warb immer im Kreise der anderen
Regierungschefs für massive wirtschaftliche und
finanzielle Unterstützung der Sowjetunion.« 913

Hans Watzek

»Man wollte die Blockparteien haben, aber sie
durften eben nicht zu stark werden.« 921

V. Ober- und Regierende Bürgermeister mit grenzüberschreitender Stadtpolitik: Dresden – Berlin – Hannover 955

Wolfgang Berghofer

»Ohne die Zustimmung der Sowjetunion, dem Hauptsieger in der Auseinandersetzung mit Hitler-Deutschland, hätte es die deutsche Einheit nicht gegeben.« 957

Eberhard Diepgen

»Meine Angst vor einer militärischen Intervention hat mich erst mit dem Abzug der russischen Truppen im August 1994 losgelassen.« 981

Walter Momper

»Zum 9. November: Wir können froh sein, dass alles ohne Blutvergießen so friedlich verlaufen ist.« 1027

Herbert Schmalstieg

»Man dachte nicht daran, dass es innerhalb kürzester Zeit nur einen deutschen Staat geben würde.« 1031

VI. Berater, Diplomaten und Entscheidungsträger 1053

Friedrich Bauer

»Ich halte Honecker für einen deutschen Staatsmann.« 1055

Joachim Bitterlich

»Kohl benutzte immer wieder die Trias Heimat, Vaterland und Europa, aber nie mehr den Begriff ›Vereinigte Staaten von Europa‹.« 1069

Hans Otto Bräutigam

»Honecker war nicht für eine Wiedervereinigung, da bin ich ganz sicher, es sei denn, es hätte ein sozialistisches Deutschland geben können.« 1089

Colin Munro

»Als Ungarn seine Grenze zu Österreich ab 10./11. September 1989 endgültig für DDR-Flüchtlinge geöffnet hat, war die Mauer hier praktisch schon gefallen.« 1149

Horst Teltschik

»Anfang Februar 1990 waren wir in Moskau und es kam die erlösende Botschaft von Gorbatschow: Ihr könnt Euch einigen.« 1177

VII. Innere und äußere Sicherheit:	
Abrüstung, Verteidigung und Spionage	1213
Peter-Michael Diestel	
»Man muss mit einer gewissen Ästhetik dem Besiegten gegenüber stehen.«	1215
Theodor Hoffmann (†)	
»Honecker wollte nicht, dass an der Grenze geschossen wird. Das war ihm äußerst unangenehm.«	1233
Rainer Eppelmann	
»Am Abend des 9. Oktobers 1989 in Leipzig hat die Angst die Seiten gewechselt.«	1265
Werner Großmann	
Erich Mielke: »Sagt mal, wie denkt Ihr denn darüber, sollte ich zurücktreten?« Ich sagte laut und deutlich »Ja!«	1331
Eckhard Steinfurth	
»Unter Konspiration verstanden wir, dass man über seine Aufgaben möglichst gut Bescheid wissen musste, aber über anderes möglichst nicht. Das war eine Sicherheitsfrage.«	1365
Ralf Wolfensteller	
»Knallt mich ab!« – »Ein Fluchtversuch, der fast mein Leben kostete.«	1395
Ralph Thiele	
»Leider haben wir die Menschen nicht mitgenommen und die Wirtschaftskraft des Ostens nicht gepflegt und entwickelt.«	1435
Bildaufnahmen von politischen Akteuren und Zeitzeugen II.	1459
VIII. Kulturpolitik, Kommunikation und Medienvertreter	1477
Klaus Höpcke	
»Einige griffen dann zum Strick. Furchtbar.«	1479

Jürgen Engert (†)

»Der SED-Staat stand, was das Arbeitskräftepotenzial
anbelangte, vor dem Kollaps.« 1489

Fritz Pleitgen

»Die Propaganda sprach vom ›antifaschistischen Schutzwall‹,
doch die Menschen in der DDR wussten, dass die Grenzanlagen
nicht gegen einen äußeren Feind gerichtet waren, sondern gegen
die eigenen Bürgerinnen und Bürger!« 1503

Günter Schabowski (†)

War der Fall der Mauer ein Irrtum? 1569

»Am 9. November 1989 begannen wir mit dem Mauerabritt, um die
DDR nicht mehr zu stabilisieren, sondern schlicht zu retten!« 1582

Klaus Taubert (†)

Das letzte Mahl: Mit einem glanzvollen Fest nahm
die DDR Abschied von sich selbst 1591

»Honecker hätte nichts verändert. Dafür war er zu sehr ein
echter Stalinist und ein selbtherrlicher Diktator.« 1594

IX. Gewerkschaftsfunktionäre 1603

Hermann Rappe

»Weder die Politik, noch der DGB waren im Grunde
auf die Wiedervereinigung vorbereitet.« 1605

Michael Sommer

»Die innere Bereitschaft im Westen zur Einheit war relativ gering.« 1631

X. Eigene Erfahrungen: Frauen in der DDR 1643

Ingrid Kuschel

»Ich habe einen Ausreiseantrag gestellt. Seitdem haben sie
nicht mehr mit mir gesprochen.« 1645

Sabine Bergmann-Pohl

»Mir war eigentlich klar, dass der Fall der Mauer
natürlich die Wiedervereinigung nach sich zieht.« 1677

Vera Lengsfeld

»Das Gesicht des heutigen Europas ist durch die friedliche Revolution überhaupt erst möglich geworden.« 1689

XI. Die Einigung aus der Berliner Erfahrung und das Urteil des Historikers mit zukünftiger Forschungsperspektive 1705

Eckart Stratenschulte

»Tatsächlich ist es so, dass wir auch in Berlin nicht mit dem Fall der Mauer gerechnet haben.« 1707

Helmut Müller-Enbergs

»Ich werde Sie sehr enttäuschen, aber eigentlich muss die Forschung jetzt erst anfangen.« 1743

Bildaufnahmen von politischen Akteuren und Zeitzeugen III. 1763

XII. Befunde und Thesen zu einer gebrochenen Erlebnisgeneration und geteilten Erinnerungsgeschichte 1781

XIII. Anhang 1789

Abkürzungsverzeichnis 1791

Bibliografie (Auswahl) 1803

Bild- und Dokumentennachweis..... 1817

Personenverzeichnis 1821

Vorwort und Danksagung

Diese umfangreiche Edition von Zeitzeugenaussagen aus Ost- und West-Deutschland zur deutschen Einigung ist eine Dokumentation und ein Vermächtnis der Befragten zugleich. Sie bietet aus der 75-jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der 40-jährigen Geschichte der DDR Beurteilungen und Charakterisierungen von Akteuren über Akteure, Selbsteinschätzungen sowie Schilderungen von Zäsuren und Wegmarken der deutsch-deutschen Geschichte. Die gelieferten Antworten der Autoren reichen von der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949, der praktisch und symbolisch vollzogenen deutschen Teilung durch den Mauerbau 1961 über Annäherung und Abrüstung bis zur gewaltlosen Grenzöffnung 1989 über den Tag der deutschen Einheit 1990 bis in die jüngere und jüngste Entwicklung des vereinten Deutschlands. Der Schwerpunkt der Befragungen liegt jedoch eindeutig auf der umbruchartigen Entwicklung in der DDR und die politischen Beobachtungen und Entscheidungen in der Bundesrepublik 1989/90.

In den letzten 15 Jahren beantworteten uns 54 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen jeweils dutzende, ja bis zu über hunderte ganz verschiedene Fragen. Ein Ziel der Befragung bestand darin, Grenzen und Möglichkeiten, getroffene und nicht gefällte Entscheidungen auf dem Weg zur deutschen Einheit sowie die Umsetzung, Verfahren und Resultate der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen deutsch-deutschen Transformation zu rekonstruieren.

Vielfach authentisch, zuweilen selbstkritisch und reflektiert sowie auch sehr subjektiv nachvollziehbar nahmen die Befragten die Gelegenheit wahr, ihre Erlebnisse und Erfahrungen mitzuteilen und Vertrauliches preiszugeben, um mit dem Abstand von dreißig Jahren ihre Erinnerungen an die deutsche Einheit für diese Veröffentlichung bekannt zu machen.

Die Gesprächspartner sind von uns in ausgewogener Weise aus Ost- und Westdeutschland ausgewählt worden, sodass Einseitigkeiten und Schief lagen in der Dokumentation vermieden werden konnten. Auch wurde ein breites gesellschaftliches und parteipolitisches Spektrum zu erfassen versucht: Es handelt sich bei den Befragten um Botschafter und Diplomaten, Bürgerrechtler/innen, Theologen, Minister aus den Regierungen von Hans Modrow und Lothar de Maizière, Oppositions- und Regierungspolitiker, Oberbürgermeister und Medienexperten, Gewerkschaftsfunktionäre, Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit und eine einfache Bürgerin. Ein Politikwissenschaftler und ein Historiker verorteten zuletzt die Geschehnisse und wagen Prognosen über den Stellenwert der deutschen Einheit für eine zukünftige deutsch-deutsche wie gesamtdeutsche Geschichtsbetrachtung für nachfolgende Generationen sowie für die noch Miterlebenden. Ein Fazit mit 12 Befunden steht am Ende dieser Zeitzeugen-Edition.

Die Befragung der Zeitzeugen erfolgte auf der Basis standardisierter Fragenkataloge. Die Methode der Mündlichen Geschichte («Oral History») orientiert sich an Biografien, den Individualitäten und der Subjektivität der Beteiligten. Dabei war es uns ein Anliegen, das konkrete Erleben des historischen Geschehens zu ermitteln. Nach Ablauf von Jahrzehnten ist es freilich nicht unüblich, dass neue Erkenntnisse und Interpretationen die Zeitzeugenschaft sowie deren Erinnerungsvermögen beeinflussen können. Durch Quellenkritik, Klarstellungen und Nachfragen war es uns möglich, entsprechende Rückschlüsse zu ziehen und dem Umstand Rechnung zu tragen, Abweichungen zu bemerken, Auffälligkeiten zu dokumentieren sowie Hinweise in Fußnoten zu weiterführender Forschungsliteratur zur Vertiefung anzugeben.

Der Historiker Müller-Enbergs hielt im Gespräch 2018 fest:

»Ich weiß, dass jede Geschichtsschreibung ihre Grenzen hat. Ich mache mir da keine Illusionen, obwohl ich selber den Anspruch habe, möglichst exakt zu arbeiten. Ich hoffe, dass die Generation 2030 international denkt, also den Globus mitdenkt und einzelne Phänomene prismenartig reflektiert. Diese Interdependenzen werden bis jetzt nicht zureichend betont.«

Wir haben das angesprochene Manko versucht, durch Außenperspektiven auszugleichen, wie es mit einem britischen und einem österreichischen Diplomaten geschehen ist.

Leider war es uns nicht immer möglich, Interviewtermine gewährt zu bekommen, die aus unterschiedlichsten Gründen nicht mehr stattfinden konnten, was wir mit Bedauern zur Kenntnis nehmen mussten: Martin Bangemann, Birgit Breuel, Hans-Jürgen Grasemann (†), Oskar Fischer (†), Josef Homeyer (†), Oskar Lafontaine, Heinz Keßler (†), Angela Merkel, Matthias Platzeck, Wolfgang Schäuble, Wolfgang Schnur (†), Gerhard Schröder, Manfred Stolpe (†), Fritz Streletz und Dorothee Wilms, die nicht zur Verfügung standen. Folgegespräche waren mit Norbert Blüm (†) und Klaus Taubert (†) nicht mehr möglich. Geführte und bereits transkribierte Interviews wurden für den Abdruck leider nicht freigegeben wie von Rüdiger Kass und Johannes Ludewig.

Letztendlich wäre es ohne die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner nicht möglich gewesen, dieses Buch herauszubringen. Unser herzlichster Dank gilt Egon Bahr (†), Friedrich Bauer, Wolfgang Berghofer, Sabine Bergmann-Pohl, Burkhard Berndt, Joachim Bitterlich, Klaus Blessing, Norbert Blüm (†), Hans Otto Bräutigam, Bernhard Brinkmann, Lothar de Maizière, Eberhard Diepgen, Peter-Michael Diestel, Manfred Domagk, Jürgen Engert (†), Rainer Eppelmann, Wolfgang Gerhardt, Werner Großmann, Gregor Gysi, Walter Hirche, Theodor Hoffmann (†), Klaus Höpcke, Günther Krause, Egon Krenz, Ingrid Kuschel, Hans-Joachim Lauck, Vera Lengsfeld, Markus Meckel, Hans Modrow, Walter Momper, Helmut Müller-Enbergs, Colin Munro, Fritz Pleitgen, Hermann Rappe, Hans Reckers, Walter Siegert (†), Günter Schabowski (†), Herbert Schmalstieg,

Friedrich Schorlemmer, Richard Schröder, Christian Schwarz-Schilling, Rudolf Seiters, Michael Sommer, Peer Steinbrück, Eckhard Steinfurth, Eckart Stratenschulte, Klaus Taubert (†), Horst Teltschik, Ralph Thiele, Wolfgang Thierse, Hans Tietmeyer (†), Theo Waigel, Hans Watzek und Ralf Wolfensteller für viele berührende und bewegende Begegnungen sowie unzählige Interviewstunden.

Wir danken den vielen Personen, die bei den Interviews mitwirkten und mitdiskutierten, um dieses umfassende Dokument für zukünftige Generationen und weitere Forschungen zu publizieren: Joachim Algermissen, Jörg Beining, Torsten Christiansen, Severin Cramm, Juliane Clegg, Deborah Cuccia, Andrea Germer, Marcus Gonschor, Felix Hinz, Harald Kleinschmidt, Marvin Meier, Hinnerk Meyer, Peter Müller, Thomas Muntschick, Andreas Pudlat, Marco Gerhard Schinze-Gerber, Andreas Schimmelpfennig, Philipp Strobl und Sanne Ziethen.

Die Transkriptionsarbeit der umfangreichen Interview-Aufnahmen sowie das Redigieren erfolgte gewissenhaft und sorgfältig durch Anke Fischer, Stephanie Gerber, Jessica Ludwig, Ilona Rogoza, Ulrike Krüger, Eva Löw und Kristina Tissen. Svetlana Egorova hat russische Dokumente ins Deutsche übersetzt und war bei vielen Gesprächen als Zeugin anwesend. Danken möchten wir auch der Volksbank Hildesheim als Unterstützerin für die Europagespräche und der Bürgergesellschaft aus Hildesheim für die rege Teilnahme bei den Vorträgen und den Diskussionen mit diesen Zeitzeugen sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin, die uns ausreichend mit Bildmaterial versorgt hat. Ebenfalls Dank geht für Bildrecherche und die entsprechende Zusammenarbeit an imago stock & people GmbH in Berlin. Ein Dank geht auch an den geschichtsinteressierten Herrn Torsten Sponer, Geschäftsführer der Erde & Boden Mitteldeutschland GmbH, Schwalmstadt, der das Buchprojekt freundlicherweise unterstützte. Zu danken haben wir Frank Binkowski für Registerarbeiten und dem Lau-Verlag aus Reinbek für die verlegerische Betreuung, die Aufnahme in sein Verlagsprogramm und die aufwendige wie umsichtige Satzherstellung durch Patrick Lau. Für die Endredaktion und alle verbliebenen Fehler der Gesamtpublikation sind die Herausgeber allein verantwortlich.

Aufgrund der unvorhersehbaren und weltweiten Todesgefahr durch die Corona-Pandemie stehen viele Menschen vor einer ungewissen Zukunft. Die Lockdowns gingen auch an den Verlagen nicht spurlos vorbei und führten zu starken Umsatz- und Nachfrage-Einbrüchen, wie auch Verzögerungen bei der Produktion eintraten. Der Lau-Verlag stand zu seinem Wort und nur deshalb liegt diese Publikation vor, wozu wir den Leserinnen und Lesern viele neue Erkenntnisse wünschen.

Einleitung

Inhaltliche Hinführung: Der Weg zur deutschen Einheit. Ursachen, Anlässe, Folgen und Wirkungen

von Michael Gehler

1. Das Ende des SED-Regimes und der Zerfall der DDR

a) Der Faktor Gorbatschow

Die Reformbemühungen, die seit 1985 vom neu ernannten KPdSU-Generalsekretär Michail S. Gorbatschow unterstützt wurden, bildeten den Haupthintergrund für die nachfolgenden politischen Entwicklungen in Ostdeutschland. Glasnost und Perestroika sollten nicht nur zu einer Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft führen, sondern bald auch innerhalb und außerhalb des »Sowjetblocks« erheblich an Bedeutung gewinnen. Die Folgen waren ein teilweiser außenpolitischer Rückzug Moskaus aus seiner globalen Verantwortung sowie die Bereitschaft zur Abrüstung seitens des Kreml. Die so genannte Breschnew-Doktrin wurde aufgegeben und erstmals eine autonome Entwicklung der inneren Verhältnisse in den so genannten Satellitenstaaten zugelassen. Gorbatschows Reformversuche in der Sowjetunion gaben den Dissidenten in den »sozialistischen Bruderstaaten« politische Motivation und moralische Legitimation.¹

Im Juni 1989 besuchte Gorbatschow Bonn und erklärte vor einer jubelnden Menschenmenge vor dem Rathaus, dass die Mauer² nicht für immer gebaut und ohne die Bundesrepublik ein »Gemeinsames Europäisches Haus«³ nicht realisierbar sei. In einer gemeinsamen Erklärung wurde – erstmals von sowjetischer Seite – das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen sowie die Geltung des Völkerrechts im In- und Ausland anerkannt. Spätestens ab diesem Zeitpunkt begann

1 Michail Gorbatschow, Glasnost. Das neue Denken, Berlin 1989; Andrei Grachev, Gorbachev and the »New Political Thinking«, in: Wolfgang Mueller / Michael Gehler / Arnold Suppan (eds.), The Revolutions of 1989. A Handbook (Internationale Geschichte 2), Wien 2015, S. 33–46 mit der relevanten Literatur; Archie Brown, Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht, Frankfurt am Main – Leipzig 2000.

2 Edgar Wolfrum, Die Mauer. Geschichte einer Teilung, München 2009, S. 119–128.

3 Michail Gorbatschow, Das gemeinsame Haus Europa und die Zukunft der Perestroika, Düsseldorf – Wien – New York 1989, als kritische Reflexion dazu siehe Hans Modrow, Die Perestroika wie ich sie sehe. Persönliche Erinnerungen und Analysen eines Jahrzehntes, das die Welt veränderte, Berlin 2. korrigierte Auflage 1998, S. 27–121.

der deutsche Bundeskanzler, eine langfristige Strategie zur Lösung der deutschen Frage zu verfolgen.⁴

b) Die revolutionären Ereignisse in Mittel- und Osteuropa

Es dauerte nicht mehr lange, bis der Moment für Veränderungen in der DDR kam. Diese Veränderungen sind als integraler Bestandteil der revolutionären Ereignisse in Mittel- und Osteuropa zu betrachten.⁵ Es waren nicht die Deutschen, die den Prozess in Gang setzten, der schließlich zum Sturz der sozialistischen Systeme führte, sondern sie folgten dem Beispiel der Polen und Ungarn. Seit 1980 hatte die polnische Gewerkschaftsorganisation *Solidarność*, unterstützt durch den Heiligen Stuhl,⁶ zur Aufweichung der kommunistischen Herrschaft in Polen beigetragen,⁷ während in Ungarn seit 1987–88 eine spürbare Liberalisierung des wirtschaftlichen und politischen Systems im Gange war. Nach Polen war Ungarn das Land, in dem die Demokratisierung am weitesten fortgeschritten war. Im Januar 1989 hatten die Vertreter des ungarischen Volkes tatsächlich der Gründung neuer Parteien zugestimmt. Einen Monat später war eine neue Verfassung verabschiedet worden, in der das Monopol der Kommunistischen Partei nicht mehr verankert war. Im April hatten die ersten sowjetischen Truppen das Land verlassen. Ab Mai waren die Grenzanlagen zum Westen entfernt worden, ihre Instandhaltung und Erneuerung hatte sich als zu kostenintensiv herausgestellt, um vom kommunistischen Regime bezahlt zu werden.

4 Horst Teltschik, »Helmut Kohl hätte die Wiedervereinigung nie akzeptiert, wenn die Bedingung der Austritt aus der NATO gewesen wäre«, in: Michael Gehler/Marcus Gonschor/Severin Cramm/Miriam Hetzel (Hrsg.), *Internationale Geschichte im globalen Wandel. Hildesheimer Europagespräche IV, Teilband 2: China, Japan, Russland und die Sowjetunion im Kontext von Kolonialismus und Nationalismus (Historische Europa-Studien 13/2)*, Hildesheim – Zürich – New York 2018, S. 884–919, siehe auch dessen Gesprächstext in diesem Band.

5 Henrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans-Hermann Hertle/Hermann Wentker (Hrsg.), *Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus*, Berlin 2004; Stephen Kotkin/Jan Gross, *Uncivil Society: 1989 and the Implosion of the Communist Establishment*, New York 2010.

6 Andreas Englisch, *Johannes Paul II. Das Geheimnis des Karol Wojtyła*, München – Berlin 2003; Piotr H. Kosicki, *Vatican II and Poland*, in: Ders., *Vatican II behind the Iron Curtain*, Washington 2016, S. 127–198.

7 Jadwiga Staniszkis, *Poland's Self-Limiting Revolution*, Princeton 1984; Klaus Bachmann, *Poland 1989: The Constrained Revolution*, in: Mueller/Gehler/Suppan (eds.), *The Revolutions*, S. 47–75; Timothy Garton Ash, *The Polish Revolution: Solidarity, 1980–82*, London 1983; August Pradetto, *Technobürokratischer Sozialismus. Polen in der Ära Gierk (1970–1980)*, Frankfurt/Main – Bern – New York – Paris 1991; Ders., *Bürokratische Anarchie. Der Niedergang des polnischen »Realsozialismus«*, Wien – Köln – Graz 1992.

Diese Gelegenheit nutzten DDR-Bürger, die in Ungarn am Balaton/Plattensee urlaubten, zur Flucht.⁸

Die Öffnung der Grenzübergangsstellen an den Ostsektoren Berlins am Abend und in der Nacht vom 9. auf den 10. November erzeugte einen weiteren Schub der politischen Veränderungen für die Umwälzungen in der Tschechoslowakei und in Rumänien. Die Freiheitsbewegungen, die vor 1989 in Polen und Ungarn führend waren, wirkten sich stimulierend auf die Entwicklungen aus, die grundlegende Veränderungen in der DDR und in der Tschechoslowakei mit sich brachten.

c) Prekäre Wirtschaftslage, Leben über die Verhältnisse und wachsende Abhängigkeit von der BRD

Bereits in den 1950er-Jahren hatte in Ostdeutschland ein Abwärtstrend eingesetzt. Bis in die 1970er-Jahre hatte sich das Wachstum bei etwa 2 % eingependelt. Danach war eine Stabilisierungsphase gewährt worden, der bald ein neuer Abwärtstrend folgte. Insgesamt hatte sich das Wachstum in der DDR in den Nachkriegsjahren um etwa 8 % bemerkbar gemacht. Dank umfangreicher Milliarden-Kredite von Banken der Bundesrepublik folgte in den 1980er-Jahren ein leichter Anstieg. Dies konnte jedoch nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass Ostdeutschland zu

8 Rudolf L. Tökés, *Hungary's Negotiated Revolution: Economic Reform, Social Change, and Political Succession 1957–1990*, Cambridge 1996; Andreas Oplatka, *Der Eiserner Vorhang reißt. Ungarn als Wegbereiter*, Zürich 1990; Ders., *Hungary 1989: Renunciation of Power and Power-Sharing*, in: Mueller/Gehler/Suppan (eds.), *The Revolutions*, S. 77–91; Andreas Schmidt-Schweizer, *Die politischen Auseinandersetzungen am ›Nationalen Runden Tisch‹. Systemtransformation auf dem ›Verhandlungsweg‹?*, in: *Südosteuropa* 46 (1997), Heft 1/2, S. 37–64; Ders., *Die Öffnung der ungarischen Westgrenze für die DDR-Bürger im Sommer 1989. Vorgeschichte, Hintergründe und Schlussfolgerungen*, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 37 (1997), Heft 1, S. 33–53; Ders., *Motive im Vorfeld der Demontage des ›Eisernen Vorhangs‹ 1987–1989*, in: Peter Haslinger (Hrsg.), *Grenze im Kopf, Frankfurt/Main – Berlin – Bern 1999*, S. 127–139; Ders., *Vom Reformsozialismus zur Systemtransformation. Politische Veränderungsbestrebungen innerhalb der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP) von 1986 bis 1989*, Frankfurt am Main – Berlin – Bern 2000; Ders., *Politische Geschichte Ungarns 1985–2002. Von der liberalisierten Einparteiherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase (Südosteuropäische Arbeiten 132)*, München 2007, S. 419–429; Ders., *›Verhandelte Revolution‹ oder ›Transformation von innen‹? Charakteristika und Hintergründe des politischen Systemwechsels in Ungarn 1987–1990*, Hamburg 2020; Andreas Oplatka, *Der erste Riss in der Mauer: September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze*, Wien 2009; Odd Arne Westad, *Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte*, Stuttgart 2019, S. 645–684; Robert Service, *The End of the Cold War 1985–1991*, London 2015, S. 400–415.

diesem Zeitpunkt weit über seine Verhältnisse lebte.⁹ Der Verbrauch war zu groß und noch nicht gestillt. Beim Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung der beiden deutschen Staaten zeigten sich deutliche Unterschiede. Die Produktivität der DDR war bis zum Mauerbau dramatisch zurückgegangen. Die Abwanderung der Menschen im erwerbsfähigen Alter war eines der gravierendsten Probleme. Junge Menschen, Erwerbstätige, Facharbeiter und ganz allgemein Männer und Frauen mit Zukunft und Ambitionen hatten die DDR verlassen. Erst nach dem Bau der Mauer war eine Konsolidierung der Produktivität möglich geworden.¹⁰

Lange Zeit galt die DDR als politisch »stabil«. Tatsächlich war ihre ökonomische Lage Anfang der 1980er-Jahre bereits sehr prekär. Es gab zwar genügend Papiergeld für inländische Zwecke, was über die wahren Verhältnisse hinwegtäuschte und die wirtschaftlichen Umstände verschleierte. Der Mangel an ausreichendem Devisenhandel war aber unbestreitbar. Die Höhe der Staatsverschuldung war dramatisch. Die zunehmenden Mängelerscheinungen an Gütern zur Befriedigung der Basisbedürfnisse verlief parallel zu einer schleichenden Erosion der ideologischen Grundlagen der DDR: Der Konsumsozialismus war fast am Ende.¹¹

2. Unmittelbare Gründe

a) Unbeweglichkeit des SED-Regimes, tödliches Grenzregime und Unzufriedenheit aufgrund von Wahlbetrügereien

Anfang 1989 konnten die politischen Proteste durch die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)¹² nicht mehr ignoriert werden. Am 11. Januar besetzte eine Gruppe von DDR-Bürgern, die entschlossen war, in den Westen zu reisen, die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin. Es gelang ihnen dabei nicht nur Straffreiheit zu erlangen, sondern sie bekamen ihre Anträge auf Reisen in den Westen anerkannt. Das SED-Regime blieb jedoch stur, unbeweglich und uneinsichtig. Im Februar und März reagierte es auf Fluchtversuche neuerlich mit Schüssen auf »Republikflüchtlinge«. Der 20-jährige Chris Gueffroy war das letzte Opfer des »Gebrauchs der Schusswaffe« wie der berüchtigte Schießbefehl intern verharmlosend und verhüllend bezeichnet wurde. In

9 Günter Kusch/Rolf Montag/Günter Specht, *Schlußbilanz – DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik*, Berlin 1991; Albert Ritschl, *Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR. Ein Zahlenbild 1945–1989*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (1995) 2, S. 11–46; Jeffrey Kopstein, *The Politics of Economic Decline in East Germany 1945–1989*, Chapel Hill 1997; André Steiner, *Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang. Zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR*, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR*, Göttingen 1999, S. 153–192.

10 Michael Gehler, *Three Germanies. From Partition to Unification and Beyond*, second expanded edition London 2020, S. 102–105, 161–163.

11 Ebd.

12 Siehe Bernd Faulenbach/Markus Meckel/Hermann Weber (Hrsg.), *Die Partei hatte immer recht – Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur*, Essen 1994.

der Nacht vom 5. auf den 6. Februar starb der junge Hotelkellner durch zehn Schüsse des Mauerschützen. Sein schwer verwundeter Freund Christian Gaudian wurde ergriffen. Beide hatten versucht, den Britz-Kanal, der Treptow in Ost-Berlin mit Neukölln im Westen verbindet, zu überwinden. Es gelang ihnen nicht. Vier Grenzsoldaten erhielten einen Leistungspreis und eine Prämie von je 150 Mark. Nach der deutschen Einheit wurden sie vom Berliner Landgericht angeklagt. Gueffroys Mutter wollte nicht aufgeben und sorgte dafür, dass der Prozess gegen die Mauerschützen zustande kam. Das Ergebnis war jedoch nicht sehr befriedigend. Bis 1992 wurden zwei von ihnen freigesprochen; einer wurde zur Bewährung verurteilt. Ingolf Heinrich, der den tödlichen Schuss ins Herz abgegeben hatte, wurde zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. In der Berufung von 1994 wurde dieses Urteil auf eine zweijährige Bewährungsstrafe reduziert.¹³ Ein Politoffizier, der für den von der Berliner Brigade 33 (Treptow) bewachten Grenzabschnitt zuständig war, übernahm nach der Einheit Deutschlands eine leitende Position in der Bundespolizei und ihrer Gewerkschaft.¹⁴

Insgesamt mindestens 140 Menschen starben an der Sektorengrenze in Berlin im Zeitraum von 1961 bis 1989, darunter acht Soldaten, die von ihren eigenen Kameraden erschossen wurden.¹⁵

Am 7. Mai 1989 brachten Proteste von Bürgerrechtlern gegen die eklatante Manipulation der Kommunalwahlen durch die Behörden der DDR breite Unzufriedenheit zum Ausdruck und legten den Grundstein für spätere friedliche Massendemonstrationen in der DDR.¹⁶

b) Fluchtbewegung über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik

Seit den 1970er-Jahren wurden die politisch Unterdrückten, Verfolgten und Gefangenen der DDR von der Bundesrepublik für anfänglich rund 600 Millionen D-Mark freigekauft, die auf 1,5 Milliarden pro Jahr anstiegen. Das SED-Regime wurde damit aufgrund der notwendigen Devisen immer mehr von Bonn finanziell abhängig.¹⁷

Trotz der Minenverlegung an der Staatsgrenze zur DDR bzw. an der innerdeutschen Grenze nach 1952 und des Mauerbaus 1961 dachten viele DDR-Bürgerinnen und Bürger weiterhin in den Dimensionen von ganz Deutschland. Diese Orientierung war ganz im Unterschied zum Westen im Osten Deutschlands besonders ausgeprägt. Seit der Gründung der DDR hatten etwa 4,5 bis 5,2 Millionen Menschen das Land verlassen. Es war die größte Flüchtlingsbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.¹⁸ Der Trend zum freien Westen war entscheidend.

13 Gehler, *Three Germanies*, S. 195–198, 200; zu Gueffroy siehe Roman Grafe, *Deutsche Gerechtigkeit: Prozesse gegen DDR-Grenzsoldaten und ihre Befehlsgeber*, Berlin 2004, S. 12–13; Hans-Hermann Hertle / Maria Nooke (Projektleiter), *Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961–1989. Ein biographisches Handbuch*, Berlin 2009, S. 420–433.

14 Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Sven_Hüber (letzter Zugriff, 30.1.2020).

15 Gehler, *Three Germanies*, S. 200, nach neuestem Stand mindestens 140.

16 Jens Schöne, *The Peaceful Revolution. Berlin 1989/90. The Path to German Unity*, Berlin 2009.

17 Gehler, *Three Germanies*, S. 199.

18 Ebd. S. 5, 199–200.

Dennoch oder gerade deshalb hat das SED-Regime bis 1989 weder an die Beseitigung der Grenzanlagen noch an den Abriss der Mauer gedacht. Die Partei hatte zeitweise bis zu 2,3 Millionen Mitglieder (1987). Dadurch und dank der ihr angeschlossenen »Massenorganisationen« schien die gesellschaftliche Einheitlichkeit gesichert und die politische Stabilität gewährleistet.¹⁹

Am 27. Juni 1989 durchschnitten die Außenminister Österreichs und Ungarns, Alois Mock und Gyula Horn, letzte Reste des bereits weitgehend abgebauten Eisernen Vorhangs an den Grenzen ihrer Länder. Die Fernsehübertragungen zeigten diese Bilder weltweit, auch in der DDR. In den Sommermonaten drängte sich eine wachsende Zahl von DDR-Bürgerinnen und Bürger in die westdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau. Sie forderten, in den Westen ausreisen zu dürfen.²⁰

Am 19. August nutzten hunderte ostdeutsche Urlauber in Ungarn das von den dortigen Reformkommunisten organisierte »Paneuropäische Picknick«, welches unter der Schirmherrschaft von Otto von Habsburg und Imre Pozsgay an der österreichisch-ungarischen Grenze bei Šopron/Klingenbach stattfand, um zu fliehen und in die politische Freiheit zu gelangen. Einige Stunden lang war die Grenze offen.²¹ Es war ein Test um zu sehen, wie der Kreml reagierte, der aber nicht agierte.

Im selben Monat wurden mehr als hundert DDR-Besetzer der bundesdeutschen Botschaft in Budapest – die wie andere Botschaften wegen Überfüllung am 14. August geschlossen werden musste – nach Wien geflogen. Dies war das Signal für eine stark ansteigende Fluchtwelle, die durch weitere Botschaftsbesetzungen in Prag, Warschau und Budapest sowie der Ständigen Vertretung in Ostberlin illustriert wurde. Wenige Tage später erhielten die in der westdeutschen Botschaft in Budapest untergebrachten DDR-Flüchtlinge die Erlaubnis zur Ausreise. Die ungarische Regierung betonte, dass die Flüchtlingsfrage von beiden deutschen Staaten geregelt werden müsse. Vom 10. auf den 11. September wurde eine mit der DDR unter Bezugnahme auf die KSZE-Schlussakte und die Wiener KSZE-Folgemaßnahmen (1986–1989)²² getroffene Reisevereinbarung aufgehoben; kurz

19 Siehe das Gespräch mit Lengsfeld, S. 1692; Der österreichische Botschafter in Ost-Berlin sah die DDR von 1988 bis 1989 noch als stabil an: Michael Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands 1989/90, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 57 (2009), Heft 5, S. 427–452.

20 Zu den Flüchtlingen in den westdeutschen Botschaften siehe Katarzyna Stoklosa, Die letzte Fluchtwelle aus der DDR im Jahr 1989. Aus den Berichten der westdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 64 (2015), 1, S. 40–80.

21 Maximilian Graf, Das Paneuropäische Picknick im Kontext. Wie Österreich zum Tor in die Freiheit werden konnte und welche Folgen dies hatte, in: Stefan Karner / Philipp Lesiak (Hrsg.), *Der erste Stein aus der Berliner Mauer. Das paneuropäische Picknick 1989* (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung, Graz – Wien – Raabs 30), Graz 2019, S. 33–59.

22 Andrea Brait / Michael Gehler, The CSCE Vienna Follow-up Meeting and Alois Mock, 1986–1989, in: Michael Gehler / Piotr H. Kosicki / Helmut Wohnout (eds.), *Christian Democracy and the Fall of Communism* (Civitas series 1), Leuven 2019, S. 75–91.

darauf wurde mit der endgültigen Grenzöffnung der Weg für alle DDR-Bürger in Ungarn frei, die in den Westen reisen wollten. In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre wurden immer engere Kontakte zwischen dem Bonner Kanzleramt und den ungarischen Reformkommunisten aufgebaut, um die Situation innerhalb des östlichen »Blocks« zu erkunden und zu erfahren, was die Führung in Moskau dachte. Kurz vor der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze hatte die Regierung unter Miklos Németh Zusagen in Milliardenhöhe von Bonn und den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg erhalten. Bis zum 1. Oktober 1989 erreichten zehntausende Ostdeutsche über Ungarn den freien Westen.²³

Pankow bereitete sich – unbeirrt davon – auf die Feierlichkeiten des vierzigsten Jahrestages der Gründung der DDR vor, der am 7. Oktober gefeiert werden sollte. Die Führung beschloss, die veränderten politischen Realitäten zu ignorieren und nicht auf die Flüchtlingsbewegungen zu reagieren. Die offizielle DDR-Nachrichtenagentur *ADN* brachte dann jedoch in einem Bericht über die Fluchtbewegung folgende in der Parteizeitung *Neues Deutschland* veröffentlichte Einlassung des SED- und Staatschefs Erich Honecker: »Und wir werden ihnen keine Tränen nachweinen.«²⁴

Im Zuge des anhaltenden Exodus aus der DDR beschäftigten sich die führenden politischen Kreise in Bonn mehr mit sich selbst. Als Ungarn am 10. September um 19 Uhr seine Grenzen öffnete und damit DDR-Bürgern die Reise in den Westen ermöglichte, wollten die politischen Gegner Kohls innerhalb der CDU (Kurt Biedenkopf, Norbert Blüm, Heiner Geißler, Lothar Späth und Rita Süßmuth) den zeitgleich in Bremen stattfindenden Parteitag zum Sturz des Bundeskanzlers nutzen. Im Bewusstsein dieser für ihn bedrohlichen innerparteilichen Lage machte Helmut Kohl die ungarische Entscheidung öffentlich bekannt und nahm damit allen seinen Gegnern den Wind aus den Segeln. Bald sollten ihm die Ostdeutschen selbst zu Hilfe kommen. In einem Moment, in dem die ganze Welt ihre Augen auf die sowjetischen Satellitenstaaten wie Polen richtete und der Rahmen des Warschauer Paktes auseinanderbrach, war die Bonner Republik zu sehr nach innen gerichtet und in ihrer provinziellen Haltung befangen, um die auf deutschem Boden stattfindenden weltpolitischen Veränderungen richtig einzuschätzen, und daher nicht bereit und willens, adäquat zu reagieren, wie Kohl später verbittert festhielt.²⁵

Während des gesamten Monats September 1989, als der Zustrom von Flüchtlingen über Ungarn immer mehr zunahm, drängten sich Tausende von DDR-Bürgern auf dem Gelände der deutschen Botschaft in Prag und Hunderte von ihnen in Warschau. Am Abend des 30. September konnten Außenminister Hans-Diet-

23 Michael Gehler, Bonn – Budapest – Wien. Das deutsch-österreichisch-ungarische Zusammenspiel als Katalysator für die Erosion des SED-Regimes 1989/90, in: Andrea Brait / Michael Gehler (Hrsg.), *Grenzöffnung 1989. Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich* (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Salzburg 49), Wien – Köln – Weimar 2014, S. 135–162.

24 <https://www.neues-deutschland.de/artikel/89212.keine-traenen.html> (letzter Zugriff 24. 6. 2020).

25 Helmut Kohl, *Erinnerungen 1982–1990*, München 2005, S. 924–953.

rich Genscher und »Kanzleramtsminister« (Bundesminister für besondere Aufgaben) Rudolf Seiters den über 4000 anwesenden DDR-Flüchtlingen die Nachricht überbringen, dass der Weg in die Freiheit offen ist. Ruhig und sehr sachlich gab der Außenminister vom Balkon der Botschaft eine Erklärung ab, die er nicht mehr beenden konnte, weil er von der jubelnden Menge übertönt wurde: »Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise [ein plötzlicher Ausbruch von Begeisterung bei Tausenden von DDR-Bürgerinnen und Bürgern im westdeutschen Botschaftsgelände zu hören] heute möglich geworden ist.«²⁶

Anlässlich dieses bewegenden Ereignisses in seinem politischen Leben musste Genscher aber auch die Information liefern, dass die Flüchtlinge in Sonderzügen der DDR-Reichsbahn über ostdeutsches Gebiet in die Bundesrepublik transportiert würden. Dies war die zentrale Bedingung, die das SED-Regime gestellt und damit seine Möchte-gern-Macht demonstriert hatte. Sie löste bei den westwärts reisenden DDR-Bürgern abermalige Ängste und große Bestürzung aus. Bei einem Besuch in New York, nur wenige Wochen nach einer Herzoperation, hatte Genscher erfahren, dass die DDR-Flüchtlinge nicht über die bayerisch-tschechoslowakische Grenze, sondern eben über das Territorium der DDR transportiert werden sollten. Er war sich der Sorgen bewusst, die diese bei den Ausreisewilligen auslösen würde. Deshalb war er entschlossen, in einem der Züge mit zu reisen, um persönlich als Bürge zu fungieren. Die Führung der DDR war jedoch gegen eine solche Regelung. Schließlich wollte Genscher nicht »riskieren, dass jemand in Ostberlin ein Schlupfloch findet und das Ganze in letzter Minute schief geht«. Der Transfer verlief unter größten Sicherheitsvorkehrungen der DDR, weil zu befürchten war, dass die Züge gestoppt werden und Menschen aufspringen um mitzufahren. Am Dresdener Hauptbahnhof kam es zu massiven Ausschreitungen und Schlachten zwischen Demonstranten und der Volkspolizei. Der dortige SED-Chef Hans Modrow wurde von der Ost-Berliner Führung alleine gelassen und musste das Einsatz-Management vor Ort mitsteuern. Am 4. Oktober kam es zu einem weiteren massiven Exodus, bei dem mehr als 7000 DDR-Flüchtlinge Prag verließen. Wenige Tage später wurden die Reisen zwischen der DDR und der Tschechoslowakei ohne Visum ausgesetzt.²⁷

Zum ersten Mal seit dem Mauerbau 1961 hatten DDR-Bürgerinnen und -Bürger massenhaft die Möglichkeit, ihren Wunsch zu äußern, in den Westen zu reisen und dem SED-Staat den Rücken zu kehren. Nicht viele ahnten, dass sie durch ihre »Abstimmung mit den Füßen« und durch ihre spektakuläre Flucht zum drohenden Fall des unbeliebten politischen Systems in ihrer Heimat beitragen würden. Zwischen Juli und November 1989 nutzten Zehntausende Ostdeutsche den Weg über Ungarn und Österreich, um in die ersehnte Bundesrepublik zu gelangen; die

26 Siehe auch das Gespräch mit Rudolf Seiters in dieser Edition S. 912–919 und für das Folgende den Brief von Hans-Dietrich Genscher an den Verfasser, 4. 2. 2009.

27 Hans-Dietrich Genscher, Zündfunke aus Prag. Wie 1989 der Mut zur Freiheit die Geschichte veränderte, mit Karel Vodička, München 2014; Ders., Meine Sicht der Dinge. Im Gespräch mit Hans-Dieter Heumann Berlin 2015.

meisten kannten sie nur aus westlichen Fernsehbildern und sehr ansprechenden und verführerischen Werbespots.²⁸

c) Gescheiterte Jubiläumsfeier »40 Jahre DDR« und anhaltende Protestbewegung

Das SED-Regime war ganz auf die Vorbereitungen für den vierzigsten Jahrestag der DDR-Gründung konzentriert, der zusammen mit dem 77-jährigen Erich Honecker,²⁹ der von einer Operation seiner Gallenblasenkolik erholt war, im Volkshausgebäude, dem Palast der Republik, gefeiert wurde. Nach der Landung in Ostberlin wurde Gorbatschow in seiner schwarzen Limousine in die Stadt gefahren. Während der Fahrt sah er Anzeichen zunehmender Besorgnis. Bis zu diesem Zeitpunkt war die DDR ein Hort der Stabilität gewesen. Viele Leute der an der Straße stehenden Menge hatten spontan Plakate gezeigt, auf denen das Wort »Gorbi« zu sehen war. Man kam nicht umhin, am Straßenrand Menschen zu hören, die »Gorbi hilf uns!« und »Rettet uns! riefen. Gorbatschow verriet später, dass er sich nur an ein Plakat mit der Aufschrift »Erich – mach weiter so!« erinnern konnte.³⁰

Gemeinsam mit Honecker verkannte er das Ausmaß des politischen Veränderungsdrucks in Ostdeutschland. Er überschätzte die Möglichkeit der Reformierbarkeit des Sozialismus und dessen Attraktivität, vor allem aber unterschätzte er, was viele Bürgerinnen und Bürger der DDR suchten und wünschten: politische Freiheit und Mitbestimmung sowie letztlich dann auch die deutsche Einheit. Ursprünglich hatte Gorbatschow es für selbstverständlich gehalten, dass es den Menschen im ostdeutschen Staat besser gehen würde als jenen in der Sowjetunion und sie deshalb mit ihrer Situation zufrieden seien. Er sah die Ereignisse aus dem Blickwinkel einer hegemonialen Weltmacht, ohne zu erkennen, dass dessen Position selbst bröckelte und seine eigene Stellung höchst gefährdet war.

Während der Feierlichkeiten der Republik versammelten sich junge Menschen auf dem Alexanderplatz in Ostberlin, um gegen die Manipulation der Kommunalwahlen im Mai 1989 zu protestieren. Sie marschierten zum Palast der Republik, wo Honecker und die offiziellen Gäste feierten. Die auf mehrere tausend Menschen angeschwollene Menschenmenge rief »Gorbi, Gorbi« und hielt Mahnwachen für poli-

28 Michael Gehler, Deutschland. Von der Teilung zur Einigung 1945 bis heute, Wien – Köln – Weimar 2010, S. 305–314, siehe die aktualisierte, stark erweiterte und durchgesehene Neuaufgabe ders., Deutschland. Von der geteilten Nation zur gespaltenen Gesellschaft von 1945 bis heute, Wien – Köln – Weimar 2020, S. 275–340; Ders., Bonn – Budapest – Wien, S. 135–162; Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S. 301–304.

29 Norbert F. Pötzl, Erich Honecker. Eine deutsche Biographie, Stuttgart – München 2002; Martin Sabrow, Der führende Repräsentant. Erich Honecker in generationsbiographischer Perspektive, in: *Zeithistorische Forschungen* 10 (2013) Heft 1, S. 61–88; Martin Sabrow, Erich Honecker. Das Leben davor. 1912–1945, München 2016, hier S. 346–354.

30 Alexander Plato, Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbachev und die geheimen Moskauer Protokolle, Berlin 2003; Ders., Opposition Movements and Big Politics in the Reunification of Germany, 1989–90, in: Mueller/Gehler/Suppan (eds.), *The Revolutions*, S. 306–320, hier S. 307.

tische Gefangene ab. Als sie den *Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst* (ADN) der DDR erreichten, riefen die Demonstranten »Lügner! Lügner!« und »Freiheit für die Presse«. Polizeiwagen trafen ein. Es folgten Raufereien und Verhaftungen. Der Bahnhof Schönhauser Allee wurde von der Volkspolizei und Einheiten der Staatssicherheit abgesperrt. Nach den Feierstunden schlugen die Sicherheitskräfte zu später Stunde brutal zu und lösten die Demonstration gewaltsam auf.³¹

Ähnliche Protestkundgebungen fanden in Arnstadt, Dresden, Ilmenau, Jena, Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Magdeburg und Plauen statt. »Stasi in die Produktion!« und »Wir sind das Volk!« skandierten die Demonstranten. Das gewaltsame Eingreifen der Volkspolizei und der Stasi-Einheiten gegen friedliche Protestierende an diesem 7. Oktober in der »Hauptstadt der DDR« und anderen Städten³² führte auch zu ablehnenden und verurteilenden internationalen Reaktionen.

Die Unruhen in der DDR glichen revolutionärer Ereignisse. Es war eine protestantische Revolution zunächst in Sachsen. Am 2. Oktober demonstrierten etwa 10 000 bis 20 000 Menschen in Leipzig. Die Polizei griff ein, was zu mehreren Verhaftungen und vielen Verletzten führte. Auf Honeckers Befehl wurden am darauf folgenden Montag, dem 9. Oktober, Krankenhäuser geräumt; mehrere Hundertschaften der Nationalen Volksarmee (NVA) waren aufgeboten, Betriebskampfgruppen standen bereit und die Volkspolizei war in Kasernen einquartiert. Insgesamt 8000 Mann wurden in Bereitschaft gestellt. Die Atmosphäre war hochexplosiv. Zur Überraschung, zum Erstaunen und zum Entsetzen aller kamen am 9. Oktober statt der erwarteten 20 000 bis 30 000 dann 70 000 Demonstranten, die friedlich auf den Leipziger Ring marschierten sowie »Keine Gewalt!«, »Schließt Euch an!« und »Wir sind das Volk!« skandierten. »Wir waren auf alles vorbereitet, außer auf Kerzen und Gebete«, hieß es in einem internen Bericht. Die ursprünglich vorgesehene Befehlsformel »wenn nötig, Waffen einzusetzen, um die Errungenschaften des Sozialismus zu verteidigen«, galt inzwischen nicht mehr. Westliche Journalisten durften nicht nach Leipzig reisen. Zwei junge ostdeutsche Fotografen, Siegbert Schefke und Aram Radomski, fuhren auf eigene Faust von Ost-Berlin nach Leipzig und drehten von dem Turm der Reformierten Kirche von den Massendemonstrationen »illegale« Videofilme, die am nächsten Tag über West-Berlin zu westdeutschen Fernsehsendern geschmuggelt werden konnten.³³

Nach dem Scheitern der Jubiläumsfeierlichkeiten des sozialistischen Staates und der Montagsgebete in Leipzig am 9. Oktober gab es weitere Massenaufmärsche für eine Erneuerung der DDR. An der Montagsdemonstration nahmen am 16. Oktober 120 000, am 23. Oktober 200 000, am 30. Oktober 300 000 und am 6. November 500 000 Menschen teil. Betriebskampfgruppen, die NVA, die Stasi und die Volkspolizei waren gegen diese Menschenmassen komplett machtlos. Der

31 Ebd. (Plato), S. 306.

32 Siehe Daniela Münkler, Herbst '89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Auswahl Edition, Berlin 2. Auflage 2014, S. 7–20.

33 Siegbert Schefke und Aram Radomski, in: Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Berlin 1997, S. 741, 769, 954, 955, 973.

9. Oktober war der entscheidende historische Wendepunkt der revolutionären Ereignisse in der DDR.³⁴ Er ist für viele – völlig zu Recht – der eigentliche Tag der deutschen Einheit – von westdeutscher Seite offiziell erst viel zu spät gewürdigt.

d) Krisensitzungen des Politbüros und kollektiver Rücktritt

Das Politbüro der SED, das am 10. und 18. Oktober zu Krisensitzungen zusammenkam, reagierte gelähmt und überfordert. Zum ersten Mal wurde jedoch Honeckers hartnäckiger Führungsstil als völlig unflexibel kritisiert. Als sich der Staatsratsvorsitzende und Generalsekretär der SED erneut gegen alle notwendigen Reformversuche wandte, forderten einige und schließlich alle Mitglieder des Politbüros seine Ablösung. Am 18. Oktober musste Honecker als Generalsekretär zurücktreten, und kaum eine Woche später, am 24. Oktober, wurde er vollständig von der Macht entfernt.³⁵ Die Politbüromitglieder Günter Mittag und Joachim Herrmann wurden ebenfalls ihres Amtes enthoben. Nachfolger von Honecker wurde Egon Krenz als neuer SED-Generalsekretär und als Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates. In einer Fernsehansprache, die er mit »Liebe Genossinnen und Genossen!« begann, kündigte der neue Mann an der Spitze des Staates und der Partei eine »Wende« an und rief zur »Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft« auf.³⁶

Damit setzte für die DDR-Führung ein rasanter Prozess der Erosion der politischen Macht ein, der sich am 8. November mit dem kollektiven Rücktritt des Politbüros der SED abzeichnete. Die Bestimmung von Krenz als Nachfolger von Honecker war ein weiterer Fehler. Für die bürgerrechtliche Protestbewegung der DDR war er nicht weniger schlimm wie sein Vorgänger. Ein glaubwürdiger Reformmer wie Hans Modrow hätte wahrscheinlich eine andere Reaktion hervorgerufen.³⁷

e) Die ungewollte Selbstaflösung des SED-Regimes

Die Ereignisse folgten in rascher Folge. Als zu erkennen war, dass die Volkskammer das von der Regierung vorgeschlagene Reisegesetz ablehnen würde, das den Bürgerinnen und Bürgern der DDR nach Abschluss bürokratischer Verfahren und unter bestimmten inhaltlichen Voraussetzungen die Reise in den Westen

34 Karlheinz Blaschke, Die »sächsische« Revolution von 1989 – ein städtisches Ereignis, in: Bernhard Kirchgässner/Hans Peter Becht (Hrsg.), Stadt und Revolution (Stadt in der Geschichte 27), Stuttgart 2001, S. 109–123; Hans-Hermann Hertle, The October Revolution in East Germany, in: Mueller/Gehler/Suppan (eds.), The Revolutions, 113–135; Janusz Sawczuk, Turbulentes 1989. Genese der deutschen Einheit (Nationalisms across the Globe 6), Oxford – Bern – Berlin – Bruxelles – Frankfurt am Main – New York – Wien 2011, S. 207–259.

35 Siehe hierzu Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg, Der Sturz. Honecker im Kreuzverhör, Berlin – Weimar, 4. Auflage 1991, S. 29–35.

36 Krenz benutzte den Begriff »Wende«, aber er hat ihn nicht erfunden, siehe <https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Wende-Stammt-der-Begriff-wirklich-von-Egon-Krenz>; der Begriff wurde von dem Schriftsteller Volker Braun verwendet. Der Kulturhistoriker und Soziologe Bernd Lindner hat dies entdeckt und nachgewiesen.

37 Siehe hierzu Oliver Dürkop/Michael Gehler (Hrsg.), In Verantwortung. Hans Modrow und der deutsche Umbruch 1989/90, Innsbruck – Wien – Bozen 2018.

erschweren sollte, eilte die SED-Führung unter Krenz mit einer neuen Maßnahme voraus und plante eine kurzfristigere Öffnung der Grenzübergänge. Am Abend des 9. November kündigte Günter Schabowski, Mitglied des Politbüros, auf einer eilig einberufenen Pressekonferenz den Anwesenden in Erwiderung auf eine Anfrage des italienischen Journalisten Riccardo Ehrman und der Nachfragen des *Bild*-Journalisten Peter Brinkmann und des Pressemanns Ralph T. Niemeyer unerwartet die Öffnung aller DDR-Grenzübergänge zur Bundesrepublik und nach West-Berlin an. Der unzureichend informierte Schabowski war verlegen und antwortete verzögert auf die Frage des Inkrafttretens mit den Worten »sofort, unverzüglich«. ³⁸

Das war ein Missverständnis, da die Öffnung der Grenzübergänge für Ausreisende erst für den 10. November geplant war. Die Ankündigung sollte um 4 Uhr morgens im Radio erfolgen. Auf diese Weise wurde die neue Regelung für Reisen in den Westen jedoch bereits bei der Pressekonferenz am Vorabend verkündet. Die Entscheidung erfolgte ohne Konsultation, d. h. ohne Zustimmung Moskaus, und hatte erhebliche deutschlandpolitische Konsequenzen. Die UdSSR und die DDR verloren mit einem Mal einen wichtigen Vorteil für mögliche deutsch-deutsche Verhandlungen. Die dann erfolgte Öffnung der Grenzübergangsstellen (GüSt) sollte der Beginn des Endes des Pankow-Regimes sein. ³⁹

Es waren jedoch nicht die Pressekonferenz und die Ankündigung Schabowskis, die den Fall der Mauer vorweggenommen haben, sondern die Informationen der westlichen Medien in den »Tagesthemen« der ARD von Hanns Joachim Friedrichs mit der Überschrift »DDR öffnet Grenze«. Die Fiktion wurde Wirklichkeit. Die SED-Führung war gelähmt. Die Öffnung der Grenzübergänge konnte nicht mehr verhindert werden. Der Einparteiensstaat stand vor einer ungewollten Selbstauflösung, wie Hans-Hermann Hertle es nennt. ⁴⁰ Das Volk schlug das Regime.

Dieses Ereignis war für alle eine Überraschung. Die Menschen waren darauf völlig unvorbereitet – sowohl die Gegner als auch die Politiker in Ost und West. Der erste Grenzübergang, der geöffnet wurde, war die Bornholmer Straße. Tausende von DDR-Bürgerinnen und Bürger strömten durch die geöffneten Grenzübergänge, wo die Grenzsoldaten, völlig unvorbereitet, letztlich ohne Befehlsausgabe gezwungen waren, die Sperrrennen zu öffnen. Es gab Ausbrüche von spontanen Freudentänzen und tränenreiche Begegnungen zwischen Ost- und Westdeutschen. ⁴¹

38 Siehe »Die Mythen des Riccardo Ehrman«, in: Ewald König, Menschen – Mauer – Mythen. Deutsch-deutsche Notizen eines Wiener Korrespondenten, Halle 2014, S. 193–200; Ders., Die DDR und der Rest der Welt. Außenbeziehungen zur Wendezeit. Notizen eines Wiener Korrespondenten, Halle 2019, S. 183–184.

39 Hans-Hermann Hertle/Kathrin Elsner (Hrsg.), Der Tag, an dem die Mauer fiel. Die wichtigsten Zeitzeugen berichten vom 9. November, 1989, Berlin 2009; Mary Elise Sarotte, The Collapse: The Accidental Opening of the Berlin Wall, New York 2014.

40 Hans-Hermann Hertle, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen – Wiesbaden 2. Auflage 1999.

41 Hans-Hermann Hertle, Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 11. erweiterte Auflage 2009, S. 117–187, hier S. 140–147.



Die Interviews mit Lothar de Maizière fanden im Zeitraum 2014 bis 2020 statt: am 5. 10. 2014 in der Sparkasse von Neuruppin/Brandenburg; 12. 1. 2015 und 9. 4. 2015 im Büro von de Maizière in Berlin (unter Anwesenheit von Oliver Dürkop und Svetlana Egorova); 20. 9. 2016 im Büro von de Maizière in Berlin (unter Anwesenheit von Oliver Dürkop und Joachim Algermissen); 5. 12. 2017 und 16. 1. 2020 im Büro von de Maizière in Berlin (unter Anwesenheit von Oliver Dürkop und Michael Gehler), ein Gespräch zwischen den Herausgebern mit Lothar de Maizière fand auch Eingang in: Michael Gehler/Adeline Jacob, East Germany, the European Community and German reunification, in: Vincent Dujardin et al. (eds.), *The European Commission 1986–2000 – History and memories of an institution*, Publications Office of the European Union, Luxembourg, 2019, S. 503–514.

Lothar de Maizière

»Herr Präsident Gorbatschow, die Zeit, in der ein Ministerpräsident der DDR zum Befehlsempfang kommt, ist vorbei. Ich komme als freigewählter Ministerpräsident einer freigewählten Volkskammer.«

Lothar de Maizière wurde am 2. März 1940 in Nordhausen geboren. Sein Abitur legte er 1958 ab, gefolgt von einem Studium des Faches Viola an der Musikhochschule »Hanns Eisler« von 1958 bis 1962 in Ost-Berlin und von 1962 bis 1975 zum Orchestermusiker. In der Zeit von 1969 bis 1975 studierte er im Fernstudium Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 1976 war er als Rechtsanwalt tätig. Es folgte die Aufnahme in das Kollegium der Rechtsanwälte und ab 1987 war er stellvertretender Vorsitzender des Kollegiums der Rechtsanwälte in Berlin. Lothar de Maizière war seit 1956 Mitglied der Ost-CDU und in der Zeit von 1986 bis 1990 Vize-Präsident der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Am 10. November 1989 wurde er zum Vorsitzenden der Ost-CDU bestimmt und auf dem CDU-Sonderparteitag am 15./16. Dezember per Wahl im Amt bestätigt. Am 18. November 1989 trat er als stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates und als Minister für Kirchenfragen der DDR in die Modrow-Regierung ein. Von März bis Oktober 1990 war de Maizière Mitglied der Volkskammer der DDR. Am 12. April 1990 wurde er zum Ministerpräsidenten der DDR gewählt. Am 19. April 1990 gab er seine erste Regierungserklärung ab.¹ Mitte August 1990 wurde er zusätzlich Außenminister der DDR und unterzeichnete die Zwei-plus-Vier-Verträge. Ab dem 3. Oktober 1990 wurde de Maizière Bundesminister für besondere Aufgaben. Am 19. Dezember 1990 trat er als Bundesminister zurück. Ab Oktober war de Maizière auch stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU sowie ab November 1990 auch Landesvorsitzender der CDU Brandenburg. Am 6. September 1991 gab er den stellvertretenden CDU-Vorsitz, den Landesvorsitz und andere Ehrenämter sowie sein Bundestagsmandat zurück. Am 15. Oktober 1991 schied er aus dem Deutschen Bundestag aus. De Maizière wurde mit Verdächtigungen konfrontiert, für das Ministerium der Staatssicherheit als »IM Czerny« tätig gewesen zu sein. Seit 1991 ist er aktiver Rechtsanwalt in Berlin. In der Zeit von 2005 bis 2015 war er Vorsitzender des deutschen Lenkungsausschusses des Petersburger Dialogs. Lothar de Maizière ist Mitgründer und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e. V. zur Förderung politischer, kul-

1 <https://www.kas.de/de/statische-inhalte-detail/-/content/regierungserklaerung-des-ministerpraesidenten-lothar-de-maiziere-abgegeben-vor-der-volkskammer-der-ddr-am-19.-april-1990> (letzter Zugriff 3. 5. 2020).

tureller und sozialer Beziehungen in Deutschland und Europa, und Vorsitzender der privaten Stiftung Denkmalschutz Berlin. Auszeichnungen u. a.: De Maizière hat eine Ehrenprofessur der berühmten »Gnessin-Musikakademie« sowie die Ehrendoktorwürde der Universitäten Seoul (Korea) und Weliko Tarnovo (Bulgarien). Im Jahr 2010 erhielt de Maizière den höchsten zivilen Orden der Russischen Föderation für ausländische Staatsbürger für Verdienste um die Wiedervereinigung Deutschlands und das Zusammenwachsen der Rechtssysteme/Anwaltschaften in Europa. Die Herausgeber empfehlen zur weiteren Recherche die Veröffentlichungen: Lothar de Maizière, Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit, Freiburg/Breisgau 2010; Andreas Schumann, Familie de Maizière. Eine deutsche Geschichte, Zürich 2014; Martin Sabrow (Hrsg.), Die schwierige Einheit (Helmstedter Colloquien Heft 18), Berlin 2016, S. 155 ff.; Christian Booß, Im goldenen Käfig. Zwischen SED, Staatssicherheit, Justizministerium und Mandant – die DDR-Anwälte im politischen Prozess, Göttingen 2017; 30 Jahre deutsche Einheit. »Wir sind dabei gewesen«, Reinbek 2019.

Oliver Dürkop: Welche Vorbilder prägten Ihr Leben?

Das erste und große Vorbild war mein Großvater Johannes Rathje, also der Vater meiner Mutter. Er war Mitglied der Bekennenden Kirche und ihr Mitbegründer 1934 in Barmen. Bei der Barmer Bekenntnissynode war er mit dabei. Er war Zeitungsmann. Er zog nach Nordhausen. Der dortige Chef bzw. Eigentümer der Nordhäuser Zeitung hatte ihn als Redakteur beschäftigt. Mein Großvater schrieb lange unter einem Pseudonym, weil er bei den Nazis unten durch war. Mein Großvater war von Haus aus Historiker. Er hat also mein Interesse für Geschichte geweckt. Im Grunde seiner Seele war er auch Musiker. Bei ihm habe ich Noten und Blattsingen gelernt. Ich konnte Noten lesen, bevor ich Buchstaben erkannte, und konnte Blattsingen, bevor ich lesen konnte. Im Vorschulalter saß er am Klavier und spielte mir Brahms Requiem vor und sagte: »Das geht abwärts anders als aufwärts.« Ich sang es anders. Da ohrfeigte er mich und sagte: »Das müsste ich doch sehen, dass das anders geht.« Dann spielte er noch einmal vor. Er konnte die Partitur lesen. Das brachte er mir alles bei. Später wandte ich mich mit Schulaufsätzen an ihn. Wir sollten einen Aufsatz schreiben mit der Fragestellung: »Wer ist Wilhelm Tell?« Da schrieben natürlich alle meine Klassenkameraden über Wilhelm Tell. Ich sagte: »Nein, mit mir nicht!« Ich sprach mit meinem Großvater: »Ich möchte über den Ulrich Rudenz schreiben.« Seine Antwort: »Warum denn das? Warum der Rudenz?« »Naja, Rudenz ist der Adlige, der sich zur Freiheitsbewegung bekennt. Das ist der Einzige, der im Stück eine Entwicklung macht – nämlich vom adligen Repräsentanten hin zu dem um die Freiheit Strebenden.« Jedenfalls war das nachher der interessanteste Aufsatz. Er feilte am Aufsatz herum, damit ich in der Schule keinen Ärger bekam. Später ist er in den Westen abgehauen. Im Jahr 1945 wurde er in Nordhausen zunächst von den Amerikanern befreit und die setzten immer in allen Städten die »Big Five« ein. Dabei orientierten sie sich meistens danach, wer in der Bekennenden Kirche war. Somit wurde mein Großvater Stadtrat für Soziales und Bildung. Als die Russen kamen, sperr-

ten sie Großvater ein, weil er zu den »Big Five« der Stadträte gehörte. Sie ließen ihn später laufen. Aber Großvater traute dem Frieden nicht und haute in den Westen ab. Den Rest seines Lebens verbrachte er in Peine. Er schrieb während des Krieges ein Buch: »Die Welt des freien Protestantismus«. Ein Buch über die Liberaltheologie von der Jahrhundertwende bis in den Kirchenkampf der 1930er-Jahre hinein und beginnt mit Friedrich Naumann, dem Historiker und jetzt der große »FDP-Liebling«. Bei Naumann hörte mein Großvater an der Berliner Universität Vorlesungen. Später bekam er den Ehrendokortitel der Theologie von der Universität Marburg verliehen, was sein größter Stolz in seinem Leben war. Er war da, als mein Vater als Soldat diente. Damit war er mein männlicher Ansprechpartner. Er spielte wunderbar Klavier, sang mit uns Kindern und las uns aus der Bibel vor. Immer mit einer solchen Wärme.

Ein weiteres Vorbild war Dietrich Bonhoeffer in seinem Denken und Professor Werner Buchholz. Mein Bratschen-Lehrer an der Musikhochschule: Von ihm lernte ich akribisch zu arbeiten. Ein unglaublich feiner und strenger Mann. Er sagte: »Du, das war gar nichts. Ruf mich an, wenn Du es kannst. Dann kannst Du das nächste Mal zum Unterricht kommen.« Was meinen Sie, wann man sich traute zuzagen: »Herr Professor, jetzt kann ich's!« Wir waren damals zwölf Schüler bei ihm an der Hochschule – 1961 als die Mauer gebaut wurde – und sollten uns alle verpflichten, sofort mit der Waffe in der Hand an die Mauer zu rennen, wenn Vater Staat das will. Nun weigerte ich mich, das zu unterschreiben. Der Rektor Eberhardt Rebling, ein deutscher Jude, der in England in der Migration war, meinte, wenn ich das nicht unterschreibe, fliege ich von der Schule.

Ich ging zu Werner Buchholz, er wiederum zum Rektor und sagte: »Wenn Sie den de Maizière rausschmeißen, dann müssen Sie wissen, dass meine übrigen elf Schüler auch keinen Lehrer mehr haben.« Das war für Buchholz nicht ungefährlich. Das hatte etwas mit seiner Biografie zu tun. In der Nazi-Zeit geriet er etwas zu sehr in die Nähe der Nazis. Sodass er beschloss, sich nie wieder verbiegen zu lassen. Er fühlte sich nicht nur als unser Instrumentallehrer. Im Grunde genommen waren in allen Spitzen-Orchestern aus Deutschland die Solo-Bratschen alle Schüler von Werner Buchholz. Er leitete später die Cappella Academica ein Laien-Orchester an der Humboldt-Universität. Alle sagten über Buchholz, wie lieb und väterlich er war. Für uns war er das nicht. Wir haben ihn alle gefürchtet und gezittert, weil er streng war.

Michael Gehler: Welche Erinnerungen verbinden Sie mit der Mauer in Berlin und der Teilung Deutschlands?

Ich war 21 Jahre alt als die Mauer 1961 hier in Berlin gebaut wurde. Als sie fiel, war ich 50 Jahre alt. Den größten Teil meines bewussten Lebens verbrachte ich in der DDR. Zunächst hielt ich den Mauerbau für eine Chruschtschow-Laune, wie die Kubakrise, das Berlin Ultimatum usw. Dass das alles mal 28 Jahre dauern würde ... In den ersten Tagen konnte man sich hin und her bewegen, wenn man sich geschickt anstellte und es kannte. Ich studierte Musik und meinen Lehrer wollte ich nicht verlassen, aber ich dachte, Johannes Brahms spielt man in Ham-

burg nicht besser als in Berlin. Aber wenn ich das vorher gewusst hätte, diese 28 Jahre, weiß ich nicht genau, ob ich es nicht versucht hätte, auch die Kurve zu kratzen. Damals spielte ich im RIAS-Jugendorchester mit, was mir meinen Studienplatz hätte kosten können, weil ich beim »Klassenfeind«² mitmachte. Wir bekamen dort immer die Westsaiten. In der DDR bekam ich schlecht Saiten für Streichinstrumente. Das Orchester wurde vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) von Ernst Lemmer unterstützt. Wir erhielten Zubehör, wie Bogen und Saiten. Es gab vier Jahre lang einen Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, aber leider keinen für gesamtdeutsche Antworten. Als wir 1989/90 die Revolution hatten, mussten wir feststellen, die haben keinen Plan. Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) hatte nur die Listen von den Häftlingsfreikäufen. Ein bisschen Unterstützung kam von Schriftstellern, die rüber gegangen sind. Aber mehr war da nicht. Einen Plan B gab es da nicht. Der Westen hatte sich in dem Status quo dauerhaft eingerichtet, was wir ihm auch übel genommen haben. Denn wir haben immer bemerkt, wenn irgendetwas passierte, kamen die großen Krokodils-Tränen und alle rannten nach Berlin und riefen: »Um Gottes Willen, Prag 1968.« Aber keiner riskierte den Status quo. Wenn man sich die Karte ansieht – das ist wichtig – die Tschechoslowakei konnte nicht aus dem Ostblock herausbrechen. Für mich und meine Generation war Prag Jahr 1968 der tragischste Moment.

Also die Freundschaft zwischen Tschechen und Russen ist damit endgültig und restlos zerstört worden. Bis heute besteht das in der Wirtschaft fort, selbst bei so toleranten Leuten wie Václav Havel, den ich kannte, mit dem ich quasi den Warschauer Vertrag auflöste. Am letzten Tag des Warschauer Vertrags waren wir in Moskau und es kam István Horváth – das war der ungarische Botschafter – und rief: »Das Hotel Oktyabrskaya Moscow, wo wir alle wohnen, ist total verwandt. Wir treffen uns heute Abend alle in der ungarischen Botschaft in Moskau und bereiten vor, was wir morgen anstellen.« Dort trafen sich alle: József Antall, Tadeusz Mazowiecki, Václav Havel und ich. Nicht eingeladen waren: Todor Schiwkow, Petar Toschew Mladenow und Ion Iliescu, weil sie noch vom alten Schrot und Korn waren. Dann überlegten wir hin und her, was wir machen und dann sagten die anderen zu mir: »Wir schmeißen morgen den ganzen Warschauer Vertrag um.« Ich sagte: »Naja, das könnt Ihr machen, ich aber nicht. Bei mir sind die Sowjets aufgrund vom Besatzungsrecht und Euch haben sie annektiert. Aber bei uns haben sie aus den Verträgen von Jalta und Potsdam ihre Daseinsberechtigung. Außerdem verhandelt der Warschauer Vertrag den KSE, [die Vereinbarung über Konventionelle Streitkräfte in Europa] die Begrenzung der konventionellen Rüstung. Wenn wir morgen den Vertrag kippen, sind zehn Jahre Verhandlungen

2 »Klassenfeind«: Zentraler Begriff bei der Verfolgung missliebiger Personen, Andersdenkender und Oppositioneller, in der DDR auf internationaler Ebene verortet und für Staaten und deren Regierungen verwendet, z. B. auf Bundesrepublik Deutschland und die USA bezogen. Das Ministerium für Staatssicherheit sah »innere« Klassenfeinde in Personen, z. B. Ausreisewillige und die in ihren Reden, in Denken und Handeln von der politischen Meinung abwichen.

über die Begrenzung der nicht-atomaren Waffen im Eimer.« Das war doch diese furchtbare Erbsenzählerei in Wien »Wie viele Schränke habt Ihr?« und »Wie viele Panzer habt Ihr?« Sie antworteten: »Wir werden verlangen, dass der Warschauer Vertrag morgen nicht mehr von der Sowjetunion geführt wird und ein politisches Bündnis, aber kein militärisches Bündnis wird!« Am Ende meinte Havel: »Was soll schon dabei herauskommen, wenn ein Historiker wie der Antáll, ein Philosoph wie Mazowiecki, ein Schriftsteller wie der Havel und ein Musikant wie der de Maizière versuchen Weltgeschichte zu spielen?« Das war die Situation. Am nächsten Morgen fängt die Tagung an. Die Hälfte des Vormittags musste Havel leiten und er erteilte Gorbatschow das Wort. Gorbatschow begann seine Rede und zitierte einen Satz von mir, einen von Havel, einen von Mazowiecki aus unserem nächtlichen Gespräch. Die ungarische Botschaft war also genauso verwandt wie unser Hotel. Die war also aufgebaut – wie wir sagten – aus sowjetischem Beton: Drei Schippen Kies, eine Schippe Zement und eine Schippe Mikrofone.

Michael Gehler: Welche Bedeutung hatte die KSZE-Schlussakte für die Opposition in der DDR und für Sie persönlich?

Wir haben den Prozess bereits lange vorher gedanklich mitverfolgt. Es gab im Jahr 1973 den Versuch eines Journalisten-Austauschs zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Da kamen erste West-Journalisten, die über die DDR berichteten. Die durften zwar die Hauptstadt ohne Genehmigung nicht verlassen. Die mussten also beim Presseamt des Ministerrats nachfragen, ob sie da irgendwo hin durften. Das kenne ich noch von unseren Synoden. Da mussten sie immer fragen, ob sie dahin kommen durften. Unsere Synode waren Gegenparlamente ohne Öffentlichkeit. Dann lief Helsinki und diese Schlussakte war komisch: Einerseits saßen Helmut Schmidt und Erich Honecker nebeneinander und man hatte das Gefühl »Gott, wir sind wenigstens dabei.« Man solidarisierte sich plötzlich mit dem Staat, den man gar nicht liebte, weil man sagte – wenn ich an das Jahr 1945 denke, da haben die vier Großen über die Deutschen geredet und später saßen die Deutschen Heinrich von Brentano und Lothar Bolz bei der Vier-Mächte-Konferenz am »Katzentisch«. Jetzt war dieses Land wenigstens mit dabei. Das *Neue Deutschland* veröffentlichte die gesamte Schlussakte. Die las sich natürlich wie ein Defizit-Katalog. Das war die Kröte, die die östlichen Länder schlucken mussten, wenn sie eben Sicherheit und Zusammenarbeit wollten, mussten sie eben auch den Korb drei mit den Menschenrechten hinnehmen. Es gab schon vorher die Konventionen über bürgerliche und zivile Rechte im Jahr 1966 von der UNO, die die DDR auch unterschrieben und ich glaube sogar ratifiziert, aber nicht in binnenstaatliches Recht transformiert, hatte. Die Theorie der DDR-Rechtsprechung war so: Nur was in binnenstaatliches Recht transformiert ist, ist geltendes Recht. Während die Dissidenten sagten: »Wenn Ihr das unterschrieben habt, dann bindet Euch das auch!« Das wurde eben bestritten.

Ich entsinne mich: Gregor Gysi hielt an der Humboldt-Universität ein Seminar für junge Studenten über die Tätigkeit des Rechtsanwalts. Einmal war er verhindert und bestimmte: »Da gehst Du mal hin.« Dann war ich dort und es kam

das Thema »Menschenrechte«. Da meinten die Teilnehmer: »Na, das ist nicht in unser Recht transformiert.« Ich erklärte: »Sie irren sich. Menschenrechte hat man Kraft der Tatsache, dass man Mensch ist. Das sind unveräußerliche Rechte. Die können mir gar nicht zugeteilt werden.« Zwei Tage später rief mich Gregor an: »Ich darf Dich nie wieder als Vertreter dorthin schicken.«

Michael Gehler: Zur KSZE-Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975: War das für Sie ein Abschluss oder erst ein Aufbruch?

Das war eigentlich der Beginn. Vor allen Dingen die Aussicht, dass es KSZE-Folgekonferenzen in Belgrad, in Madrid und Wien geben sollte. Die hatte mitunter auch sogar innenpolitische Folgen, denn die DDR fürchtete sich vor Wien Anfang 1989. Deswegen bekamen wir im November 1988 noch eine neue Verordnung über Reisen ins Ausland und die Anfänge von einer Verwaltungsgerichtsbarkeit – eine Verordnung über die Überprüfung staatlicher Entscheidungen durch ordentliche Gerichte. Damit waren zwar nicht alle Entscheidungen der gerichtlichen Überprüfung zugänglich, aber einige. Das Irre war, dass man sagte, dass sicherheitsrelevante Fragen nicht der Begründung bedürfen. Wir meinten: »Wie können wir uns mit einer ablehnenden Entscheidung auseinandersetzen? Der Bürger muss entweder wissen, was er falsch gemacht hat, um es zu bestreiten oder er muss sagen können ›Ich ändere mein Verhalten‹, aber wenn er nicht einmal weiß, warum das abgelehnt wurde, dann kann er nicht darauf reagieren.« Das waren die ersten Anfänge vom Verwaltungsrecht. Wir fingen bereits im Jahr 1987 damit an, dafür zu kämpfen. Im Januar 1986 wurde ich Vize-Präsident der Synode der bundesevangelischen Kirchen. Nachts um ein Uhr rief mich Gregor Gysi an, der hatte das im West-Fernsehen gesehen. Das Ost-Fernsehen berichtete darüber nicht, sondern das West-Fernsehen hatte Bilder von der Synode gezeigt. Er meinte: »Du, Dich kann man nicht mehr einsperren. Den Vize-Präsidenten der Synode der Bundeskirche kann man nicht mehr einsperren. Du kannst jetzt sagen, was Du willst.« Gregor fügte hinzu: »Aber jetzt musst Du sagen, was gesagt werden muss!« Wir spielten oft über die Bande, dass ich Äußerungen tätigte, die andere nicht sagen konnten. Beispiel: Gregor führte ein Interview mit dem *Neuen Deutschland* über die Tätigkeit des Anwalts. Die Burschen strichen daraus einfach ganze Passagen von seinem Interview. Er war sehr empört. Irgendwann kam die *Berliner Zeitung* zu mir und wollte ein Interview. Da meinte ich zu Gregor: »Gib mal Deine gestrichenen Stellen her, die baue ich mit ein.« Zum Interviewer meinte ich: »Jetzt wünsche ich Ihnen viel Glück auf dem Weg zur Zensur.« Der war erstaunt, dass ich ihm das sagte. Dann kam über die Bezirksleitung der SED zu Gregor zurück: »De Maizière hat Probleme angesprochen, die wir eigentlich nicht veröffentlichen wollen. Kann man mit dem reden, dass der die rausnimmt?« Gregor forsch: »Das ist ein harter Hund. Der hat gesagt, er ändert nichts mehr.«

Also, die KSZE war in den Gruppen wichtig, die Ausreiseanträge stellten, die sich auf die KSZE-Schlussakte beriefen, aber mehr noch auf die 1966er-Konvention über die wirtschaftlichen, sozialen sowie zivilen Rechte. Beide hatten allerdings eine Macke. Diese beiden Konventionen enthalten hinten eine Passage:

Auch die Staaten können sie unterzeichnen, die im Moment aus ihren innenpolitischen Situationen heraus nicht in der Lage sind, sie umzusetzen bzw. inhaltlich voll zu befolgen. Die wirtschaftlich-soziale besagt das Recht auf Arbeit. Ein Dritte-Welt-Land hätte das unterschreiben können. Die DDR hat sich darauf berufen: »Wir garantieren Euch die wirtschaftlich-sozialen Rechte. Bei uns ist keiner arbeitslos. Dafür können wir Euch aber die bürgerlich-zivilen Rechte nicht garantieren – gemeint waren die Reisemöglichkeiten.« Es wurde eine Art Kuhhandel angeboten. Tatsächlich war es in den Dissidenten-Kreisen der DDR sowie in der Kirche die Haltung: »Die soziale Frage lösen wir in der DDR. Es hungert keiner und jeder hatte ein Dach über dem Kopf. Aber die Banane alleine macht eben nicht glücklich.« Man wäre sogar bereit gewesen hinzunehmen, dass manche Dinge so sind. Aber die SED-Führung war kleingläubig: Die Berliner Bürgermeister trafen sich eine Woche vor dem Mauerfall bei Momper. Er meinte: »Wenn die Mauer aufgehen sollte« – das zeichnete sich ab – »dann müssen wir die Turnhallen frei halten, Betten vom THW bereitstellen, usw.« Die Mauer ging auf und die Ost-Berliner liefen rüber, tranken am Ku'damm ein Glas Sekt, gingen wieder nach Hause und ins Bett. Am nächsten Tag fuhren sie wieder zur Arbeit ... Es wären gar nicht so viele abgehauen. Bedenken Sie, was die DDR Geld für Grenztruppen, Zauninstandsetzung, Bewachung hätte einsparen können, wenn sie ihrer eigenen Bevölkerung etwas mehr getraut hätte.

Michael Gehler: Wie viel Preußentum steckte noch in der DDR?

Die DDR war durch und durch ein preußischer Staat. Deswegen funktioniere sie so gut. Es gab unter den SED-Leuten viele Idealisten, die wirklich an das glaubten, was ihnen diese Gesinnungsethiker, die an den fernen Zustand der Glückseligkeit dachten, beschworen. Das war das Komische. Diese Hoffnung auf einen Zustand der ewigen Glückseligkeit wurde in der DDR den Bürgern eingehämmert: »Im Kommunismus erreichen wir das ...!« Irgendwann merkten die Menschen, mit Honecker kommen sie dort nicht hin, dann versuchten sie es mit Kohl: »Helmut, lieber Helmut, nimm uns an die Hand und führ uns in das Wirtschaftswunderland.«

Das große Problem der DDR bestand darin, dass ein vormundschaftlicher Staat Mündel hinterlässt, die nicht in der Lage sind, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Das tat der Staat bis dahin. Folgendes Beispiel mit der Stadt Eisenhüttenstadt, wo das große Eisenhütten-Kombinat stand: Wenn ein Kind geboren wurde, kam es in die Kindergrippe vom Kombinat. Spätestens nach drei Jahren kam es in den Kindergarten vom Kombinat. Wenn es krank war, kam es in die Polyklinik, die dem Kombinat gehörte. Es fuhr im Sommer ins Ferienlager vom Kombinat und in der zweiten Hälfte des Sommers fuhr es mit den Eltern an die Ostsee, wo das Kombinat-Bungalow stand. Es kam in die Betriebslehrwerkstatt, dann in die Betriebsberufsschule. Kommunal oder kirchlich war nur noch der Friedhof, weil das Ende der Verwertbarkeit des Menschen erreicht war. Der Bürger brauchte in der DDR nichts zu entscheiden. Es gab nur eine Versicherung. Verstehen Sie, dieses bewusst in Unmündigkeit halten, das war das System. Die-

ses Land war eigentlich eine Erziehungsdiktatur: »Wir sind im Besitz der objektiven Gesetze der Entwicklung der Menschheit und insofern leiten wir daraus das Recht ab zu bestimmen, wo es hingeht. Wer das nicht erkennt, der muss dahin erzogen werden. Wenn er sich nicht erziehen lässt, müssen wir ihn zwingen.«

In der Wendezeit gab es bei den Bürgerrechtlern den Theologen Wolfgang Ullmann: »Wissen Sie, lieber Herr Ullmann, Sie sind dem, was Sie überwinden wollen, näher als Sie denken. Sie sind der Meinung, wenn wir jetzt den Lehrplan machen, dann klappt das. Das klappt nicht.« Das sind eigentlich die, die eben nicht in diese Struktur hineindachten. Das waren die eigentlich Gefährlichen für den Staat. Nicht so sehr die, die vielleicht Bomben legten, sondern die, die einfach sagten »Es gibt ein anderes Leben« oder »Ich stelle den Totalanspruch des Staates und Gottes Anspruch auf mein Leben entgegen.« Ich weiß noch, wie ich mich mit dem alten Klaus Gysi unterhielt: »Wissen Sie, wieso können Sie das machen?« Ich: »Ganz einfach, es gibt das juristische Institut des Widerstreits der Pflichten. Eine niederrangige Pflichtverletzung, um dabei einer höherrangigen Pflicht zu genügen ist dadurch gerechtfertigt. Das ist ein Rechtfertigungsgrund. Mein Gottesgehorsam ist die höherrangige Pflicht.« Die staatliche Seite versuchte immer auf Luther zu verweisen, die zwei-Regimenter-Lehre oder Zwei-Reiche-Lehre: »Wir sind für das Irdische da und Ihr seid für das Himmlische da. Deswegen habt Ihr Euch nicht in die staatlichen Dinge einzumischen.« Wir sagten immer: »Nein, nein, wir sind Nachfolger von Dietrich Bonhoeffer und der Bekennenden Kirche. Von der Königsherrschaft von Jesu Christi über Himmel und Erde. Wenn wir Nachfolger sein wollen, müssen wir uns um Himmel und Erde kümmern. Dann kümmern wir uns um unsere Angelegenheiten. Wir mischen uns nicht ein!« Das war auch der Hintergrund vom Begriff »Kirche im Sozialismus«, der uns später um die Ohren gehauen worden ist. Der Begriff lautete vollständig: »Wir wollen nicht sein Kirche für den Sozialismus, wir wollen nicht sein Kirche gegen den Sozialismus, wir wollen sein Kirche im Sozialismus. Wir nehmen diesen Ort als den Ort an, an den uns unser himmlischer Vater gestellt hat und daraus leiten wir das Recht ab, hier zu sagen, was uns nicht passt und dazu ›Ja‹ zu sagen, wozu man ›Ja‹ sagen kann und dazu ›Nein‹ zu sagen, wozu man nicht ›Ja‹ sagen kann.«

Die Katholiken hatten überhaupt keine Strategie. Die waren Trittbrettfahrer. Was die Protestanten durchsetzten, war für die in Ordnung. Die waren knapp 900 000 Mitglieder, wir knapp sechs Millionen Mitglieder. Aktiv waren bei beiden Kirchen nur etwa zehn Prozent. Die ganze Kirchen-Denke hat sich durch die KSZE ermutigt gefühlt: »Wir liegen nicht falsch. Das stimmt ja, was dort gesagt wird.« Dieses Denken sickerte mit der Zeit zusehends mehr in die Reihen der SED ein.

Die DDR zerbrach nicht nur an den wenigen Widerständlern, sondern weil die Systemträger nicht mehr bereit waren, das System zu tragen. Die haben gemerkt, dass das nicht mehr funktioniert. Als die Führung die Reformen von Gorbatschow verweigerte: Es begann ungefähr im Jahr 1987 im Prozess der Entsolidarisierung der Genossen von ihrer eigenen Partei. Dann gab es eben die paar vernünftigen Genossen, die feststellten: »So kann das einfach nicht weitergehen.«

Eigentlich schon früher: So Anfang bis Mitte der 1980er-Jahre merkten wir, dass der Boden unter uns schwankte, dass das Eis knirschte, auf dem wir standen und wir wussten, so kann es nicht mehr weitergehen. Wir wussten aber nicht, wo es hingeht. Ich gestehe, ich selbst habe eine Systemüberwindung nicht für möglich gehalten: »Es muss Reformen innerhalb des Systems geben.« Die Welt war in diese bipolare Welt so festgefügt, dass uns eine Systemüberwindung eigentlich nicht als möglich erschien.

Deswegen begrüßten wir Gorbatschow fast wie einen Messias – eigentlich nur vergleichbar mit der Obama-Manie, bloß Gorbatschow lieferte ab, während Obama nichts geliefert hat. Das muss ich so sagen: Perestroika und Glasnost, vor allen Dingen diese Transparenz und Uskorenje – Beschleunigung. Das wurde überhört. Sehen Sie sich heute die Zeitschrift *Sputnik* an, harmlos. Aber dass diese verboten wurde, aufgrund geringster Widersprüche ... 20 Jahre lang spielte ich mit einem Freund, einem Zahnarzt sowie zwei anderen Leuten Streichquartett. Wir spielten immer bei Werner in Mahlsdorf – der hatte ein Einfamilienhaus. Insofern störten wir keine Nachbarn. Am Schluss des Abends spielten wir immer das Kaiserquartett von Haydn in Variation des Deutschlandlieds. Nachdem wir fertig waren, kam seine Frau dazu und servierte uns auf einem Tablett vier eiskalte Nordhäuser Doppelkorn und er sagte dann: »Auf, dass das wieder unsere Hymne werden möge.«

Michael Gehler: Also handelt es sich um eine Mischung aus Preußentum, Protestantismus, Patriotismus und Erziehungsdiktatur im Sozialstaat?

Ja. Man kann sich zu einer Diktatur begrenzt patriotisch verhalten. Ich habe immer gesagt, man kann nicht beständig nur »Nein« sagen. Daran geht man als Mensch kaputt. Man muss auch irgendwo sagen: »Wie kann ich in diesem Land leben?« Ich meine: Mit drei gesunden Kindern an einem Märkischen See zu Urlauben ist besser als alleine auf Mallorca herumsitzen. Das ist so!

Michael Gehler: War es eine preußisch-protestantische, vielleicht sogar eine kleinbürgerliche Zustimmungsdiktatur?

Ja, ja! Spießig ohne Ende.

Michael Gehler: Eine kleinbürgerliche Zustimmungsdiktatur von Spießern für Spießern?

Die Gästeheime der SED-Leute waren mit Holztäfelungen an den Wänden bestückt. Woher kommt das? Wahrscheinlich putzte ihre Mutter – als sie Kinder waren – bei reichen Leuten und diese hatten holzvertäfelte Wände. Jetzt sind wir dran, das wollen wir auch so haben! Diese alberne Leidenschaft von Honecker zu jagen. Das taten nämlich nur die reichen Leute: »Jetzt sind wir endlich oben.« Das Schlimme bei dieser Spitze war, sie war wahnsinnig kulturlos und ungebildet. Ich erinnere mich: Im Jahr 1982 fuhren Gregor und ich in den Winterurlaub. Dort stritten wir uns in dieser Woche nur über weltanschauliche sowie politische Fragen.

Irgendwann meinte ich: »Deine Partei und dieser Scheißstaat werden noch mal an ihrer eigenen Kulturlosigkeit verrecken und im weitesten Sinne über die Lebens- und Geisteskultur.« Er brüllte zurück: »Das kritisieren nur Leute, wie Du. Du bist ein bourgeoises Fossil!« Vor zehn Jahren hielt Gregor eine Rede auf meinem Geburtstag: er verriet, dass er mich einmal »bourgeoises Fossil« nannte. Er wäre froh, dass im Jahr 1990 noch so ein »bourgeoises Fossil« in der DDR rumstand und nicht irgendein Scharfmacher an die Macht kam. Also die DDR war sehr preußisch. Zunächst war zwar alles mit Preußen sehr böse. Der preußische Militarismus und der Kadaver-Gehorsam. Oskar Lafontaine meinte: »Damit kann man auch im KZ regieren.« Helmut Schmidt hörte diese Aussage, als er von einem Parteitag der SPD nach Hause fuhr. Preußen ist eben doch auch etwas anderes. Eine Sache, um ihrer selbst willen tun. Ein Staat, der letztendlich ohne festes Territorium, ohne gemeinsame Wirtschaft aus einer Idee lebte. Als Hugenotte habe ich sowieso ein anderes Verhältnis zu Preußen. In den 1950er-Jahren sagte meine Mutter immer zu meinem Vater: »Komm Clemens, lass uns gehen. Ich will nicht, dass die Kinder in diesem gottlosen Land groß werden.« Vater antwortete: »Dieses Land hat uns vor 300 Jahren Asyl gewährt, das lässt man nicht im Stich. Solange ich sonntags mit meinem Gesangbuch unter dem Arm in den Französischen Dom gehen kann, bleibe ich hier.« Ich war ein notorischer Hier-Bleiber, weil ich mir immer dachte: »Wenn ich gehe, macht ein anderer meinen Job, nur schlechter.« Da war ich voll von überzeugt, dass ich meinen Job gut mache.

Oliver Dürkop: Wie erlebten Sie den 9. November 1989?

Am Abend des 9. November 1989 nahm ich an einer Tagung auf Einladung der evangelischen Kirche in der französischen Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt in Berlin teil. Dort sollten die bestehenden Parteien sowie auch neue Gruppierungen, wie der Demokratische Aufbruch (DA), Demokratie Jetzt (DJ) usw. ihre Zukunftsvorstellungen für die kommende Zeit entwickeln. Das Motto hieß: Wie weiter in unserem Land? In diese Veranstaltung kam plötzlich ein junger Mann: »Die Mauer ist offen.« Ich dachte, alle werden jetzt auseinander rennen, aber der Moderator Werner Krätschell beruhigte und meinte, dass zwei Gruppen noch nicht ihre Zukunftsvorstellungen entwickeln können. Deshalb blieben alle brav sitzen und hörten sich diese letzten beiden Gruppen an. Erst danach sind alle auseinander gerannt. Dieser Abend ist ganz typisch für diese Disziplin des Herbstes '89. Wir haben eine Feierabend Revolution gemacht. Von sieben bis 17 Uhr wurde gearbeitet und ab 18 Uhr wurden – im Neuen Forum (NF) und wo auch immer – neue Papiere geschrieben. Nach dem Motto: Bloß nicht den Staat herausfordern. Die meisten sind zur Mauer gegangen.

Am 10. November 1989 sollte ich mich morgens der Wahl zum neuen CDU-Vorsitzenden³ stellen. Am Nachmittag vorher hatte ich mir paar Notizen geschrieben: was werde ich wohl sagen, wenn ich gewählt werde, da war sofort

3 CDU der DDR bzw. Ost-CDU.

klar, diese kann ich vernichten. »Wegfall der Grundlage der Geschäftsordnung«, sagt der Jurist dazu. Es beherrschte mich das Gefühl, hoffentlich geht das gut und hoffentlich dreht nicht einer durch. Die Tage zuvor waren bereits chaotisch. Wie wird die Reiseregulation angenommen? Gregor Gysi und ich hatten von der Berliner Anwaltschaft ein Reisegesetz entwickelt, das weitreichender war als das Gesetz, was Günter Schabowski ankündigen sollte. Seines war so aufgebaut, dass die DDR den Vorgang noch in der Hand behielt. Die Bürger sollten in ihrem Personalausweis eine Art Visum reingestempelt bekommen. Die gleiche Grundlage, die in den Zügen bei der Ausreise aus der Prager Botschaft über Dresden angedacht war. Man musste einen staatlichen Akt demonstrieren. Ich sage immer über den Harald Jäger, den Oberstleutnant von der Bornholmer Straße, wenn es schiefgegangen wäre, hätte man ihn erschossen. So müsste er aber das Bundesverdienstkreuz erhalten.

Oliver Dürkop: Die SED Partei wurde nicht verboten. War das ein Fehler?

Die SED hatte 2,4 Millionen Mitglieder. Ein Fünftel der erwachsenden Bevölkerung der DDR waren somit Mitglieder in der Partei. Dazu gehörten noch die Ehefrauen und Kinder. Damals habe ich immer an die Anthologie der Bauarbeiter von Bertolt Brecht erinnert: Nach dem großen Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ließ der Erste Sekretär des Schriftsteller-Verbandes auf der Stalin Allee in Berlin Flugblätter mit dem Wortlaut verteilen: Das Volk hätte das Vertrauen der Regierung arg erschüttert, wo es sich heute alle Mühe geben muss, um das Vertrauen der Regierung wiederzugewinnen.⁴ Nun kommt die Dialektik von Brecht: »Wäre es da nicht besser, die Regierung löste das Volk auf und wählte sich ein neues Volk?« Ich dachte, wir können uns kein neues Volk wählen. Wir müssen davon ausgehen, dass 90 % der Funktionärselite in der SED waren. Der Großteil der Menschen war aus opportunistischen Gründen dabei. So wie es vermutlich in München opportunistisch ist, in der CSU Partei zu sein, so war es in Leipzig opportunistisch, in der SED zu sein. Als ich in das Haus des Ministerrates hineinkam, gab es 700 Mitarbeiter, von denen vor der Wende vermutlich fast alle in der SED waren. Als ich dort ankam, waren es vielleicht nur noch sieben oder acht Mitarbeiter.

Oliver Dürkop: Wohin orientierten sich die ehemaligen Mitarbeiter hin?

Gar nicht. Das Parteibuch hatten sie vermutlich weggeschmissen. Es waren alles deutsche Beamte, die dem Herrn dienten, der gerade oben stand. Als ich in das Haus kam, berief ich eine Mitarbeiterversammlung ein. Sie standen alle dort und waren ziemlich nervös. Ich rief: »Vor zwei Jahren führten wir hier in Berlin einen Kirchentag unter dem Motto – Vertrauen wagen – durch. Vertrauen ist immer ein

4 Am 4. 8. 1953 erklärte der Bundestag den 17. Juni zum »Tag der deutschen Einheit« und gesetzlichen Feiertag bis zum 3. 10. 1990. Der 17. Juni 1953 hat den Status eines Gedenktages; zuletzt Michael Gehler / Rolf Steininger, 17. Juni 1953. Der unterdrückte Volksaufstand. Seine Vor- und Nachgeschichte, Reinbek 2018.

Wagnis und ich gehe dieses Wagnis mit ihnen ein. Wer glaubt mit mir nicht arbeiten zu können, meldet sich beim Staatssekretär Lothar Moritz. Wir organisieren einen sozialverträglichen Abgang für sie. Von dem Rest erwarte ich aber Fleiß, Kompetenz und Loyalität.« Ich erlebte bis zuletzt keinen Akt von Illoyalität. Wir hätten gar keine Möglichkeiten gehabt, wenn es in der Bevölkerung zu extremen Situationen gekommen wäre und diese für vogelfrei erklärten. Jeder Polizist war Mitglied der SED. Welcher Polizist hätte sich bitten sollen, so eine Lügenjustiz aufrechtzuerhalten oder auch nicht? Wir hatten keinen Sicherheitsapparat mehr. Die Stasi war am »Zentralen Runden Tisch« verbrannt worden.⁵ Die Polizei war extrem verunsichert, weil sie sich am 7. Oktober 1989 auf Anweisung gegen ihr Volk stellte.⁶ Auch in Leipzig war das so. Die Leute fuhren in der Innenstadt mit 80 bis 90 Stundenkilometern herum, weil sie meinten, dass alle Gesetze obsolet geworden sind, wie z. B. die Straßenverkehrsordnung. Ich sagte zum Peter-Michael Diestel, als dieser Innenminister wurde: »Das Wichtigste was zu tun ist, ist aus der Polizei wieder eine Polizei zu machen. Das ist ein evidenter Ordnungsfaktor.«

Oliver Dürkop: Können Sie maßgebliche Akteure benennen, die das Überleben der SED noch sicherten bzw. versuchten, sich in die Übergangspartei SED-PDS hinein zu retten?

Als Egon Krenz am 3. Dezember 1989 mit dem Politbüro des ZK der SED zurücktrat,⁷ wurde ein vorläufiger Parteirat gewählt. Sie suchten nach Leuten, die charismatisch, intelligent und mit dem bisherigen Repressionsapparat nicht verbunden waren. Natürlich sind sie zuerst auf Gregor Gysi gekommen. Wenn wir die Geschichte der Wende noch einmal real schreiben müssten: Gregor hat die 2,4 Millionen Partei abgeschmolzen und in eine Demokratie überführt und somit verhindert, dass sie sich radikalisiert. Das ist sein Verdienst. Als er vom Parteivorstand zurücktrat, meinte ich zu ihm: »Gregor, jetzt wird Deine Partei authentischer, weil die Partei nur nach Gysi aufgebaut war.« Es gab weitere Rettungsversuche. Wolfgang Berghofer war zunächst als stellvertretender Vorsitzender dabei. Dieser

5 Auf Initiative von »Demokratie Jetzt« wurde ein Zentraler Runder Tisch in der DDR eingerichtet. Dieser orientierte sich an der gleichnamigen Einrichtung in Polen, übernahm aber nicht die runde Form, sondern war rechteckig. Er trat am 7.12.1989 zum ersten Mal zusammen und beeinflusste in der Zeit bis zur Volkskammerwahl im März 1990 die Arbeit der Regierung Modrow. Uwe Thaysen (Hrsg.), *Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente*, Bde. I–V, Wiesbaden 2000; Francesca Weil, *Die Runden Tische in der DDR 1989/1990*, Landeszentrale für politische Bildung, Erfurt 2014.

6 Der 7. Oktober 1989 war der Staatsfeiertag, Tag der Republik, Republikgeburtstag bzw. Nationalfeiertag der DDR in der Zeit von 1950 bis 1989. Stasi-Minister Erich Mielke gab Hinweise zur Aktion »Jubiläum 40«, damit die Feierlichkeiten auf keinen Fall gestört werden sollten. Siehe Protokoll <https://www.stasi-mediathek.de/medien/hinweise-fuer-die-kollegiumssitzung-zur-aktion-jubilaem-40/blatt/15/> (letzter Zugriff 1. 5. 2020).

7 Siehe Protokolle des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (1949–1989), hrsg. von der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/index.htm> (letzter Zugriff 1. 5. 2020).

trennte sich aber im Januar 1990 von der SED/PDS. Hans Modrow ist ein Extrakapitel. Den sehe ich positiver als mancher aus dem Westen. Wir hatten 15 Erste Sekretäre der SED-Bezirksleitung. 14 duckten sich ab, als die Luft bleihaltig wurde. Einer wollte den Laden vernünftig zu Ende bringen. Modrow kam zu mir und wollte mit mir eine Koalition gestalten. Ich forderte zwei Hauptbedingungen: »Der Führungsanspruch der SED muss aus der Verfassung gestrichen werden und wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es die Aufgabe ist, das Land in freie Wahlen zu führen.« Wir beide vereinbarten das und kommunizierten es später Bischof Werner Leich und Kardinal Georg Sterzinsky: »Wir wollen, dass das Land ohne Hunger, ohne Frieren und ohne Blutvergießen über den Winter kommt sowie freie Wahlen erreichen.«

Oliver Dürkop: Sie nannten bereits Egon Krenz. Für ihn, Schabowski, Hermann Lorenz, Heinz Keßler sowie weiteren Verantwortlichen gab es mehrjährige Haft- bzw. Bewährungsstrafen. Wie beurteilen Sie das Strafmaß?

Ist es Mord, dann sind die Strafen zu mild und wenn es kein Mord ist, dann sind die Strafen zu hoch. Ein bisschen schwanger geht nicht. Ich finde, diese Strafen haben nicht die befriedende Wirkung gehabt, die sich manche von ihnen erhofften. Bärbel Bohley sagte mal nach der Wiedervereinigung: »Wir wollten Gerechtigkeit und haben den Rechtsstaat bekommen.«

Oliver Dürkop: Die Opfer dürfen wir nicht vergessen ...

Ja! Bohley war sicherlich eine davon. Ich antwortete ihr und sie war böse auf mich: »Liebe Frau Bohley, das ist ein Ausdruck von zweierlei. Erstens: Von Enttäuschung geprägt. Das kann sein. Zweitens: Von begrifflicher Unklarheit. Sie können Recht und Moral nicht auseinanderhalten. Was sie wollen, kann der Rechtsstaat nicht leisten. Die himmlische Gerechtigkeit ist mit dem Rechtsstaat – selbst in West-Deutschland – nicht zu erreichen.« Die Moral strebt nach einer Lösung jenseits des Rechtssinns, nach absoluter Wahrheit. Also Moral ist himmlische Gerechtigkeit. Das Recht kann nur irdische Gerechtigkeit liefern. Beispielsweise hat es Nelson Mandela gewusst. Sonst hätte er nicht die Wahrheits-Komitees gebildet. Er hat nicht versucht, das Unrecht der Apartheid mit den Mitteln des Rechts aufzuarbeiten.

Wie sind die Verfahren nach der Wiedervereinigung gegen die SED-Funktionäre abgelaufen? Krenz hatte eine Strafe von sechs Jahren gekriegt. War er des Mordes schuldig? Dann sind die sechs Jahre zu wenig. War er nicht des Mordes schuldig, hätte er Freispruch bekommen müssen. Diese Urteile waren ein bisschen schwanger. Ein bisschen schwanger geht aber nicht.

Man hatte sich mit der Verurteilung dieser SED-Oberen in eine Zwickmühle hineinmanövriert, indem man sich zunächst die kleinen Grenz-Soldaten vornöpfte. Damit es später nicht heißt, die Kleinen werden gefangen und die Großen lässt man laufen, musste man jetzt auch an die Großen herangehen. Da es nach dem Einigungsvertrag nicht möglich gewesen wäre, sie zu verurteilen, wurde die Konstruktion über die Formel von Gustav Radbruch gewählt. Rad-

bruch war absoluter Rechtspositivist. Er war in den 1920er-Jahren Reichsjustizminister. Nach dem Zweiten Weltkrieg sagte er mit Blick auf Auschwitz sinngemäß: »Es muss bei den schlimmsten Taten immer das positive Recht gelten. Es sei denn, die Taten sind so schlimm, dass das positive Recht und die Gerechtigkeit mit einem positiven Recht in einen solchen Zwiespalt geraten, dass das positive Recht weichen muss.« Das war die Antwort, ob man Nazi-Richter für ihre Taten zur Rechenschaft zieht.

Zu den Mauerschützen: Der kleine Junge aus dem Erzgebirge, der kein Westfernsehen sehen konnte, der zu den Grenztruppen eingezogen sowie dazu ver-gattert worden war, ihm wurde eingetrichtert, er stehe auf Friedenswacht. Konnte man von ihm erwarten, dass die innere Uhr so tickt, dass er bemerkt, ein himmel-schreiendes Unrecht zu begehen? Ich glaube nicht.

Oliver Dürkop: Ein NVA-Oberst a.D. antwortete mir auf meine Frage zur Anwendung der Schusswaffe:⁸ »Letztendlich gab es keinen Schießbefehl und somit war es eine Ermessensangelegenheit des Grenzers, die Schusswaffe zu benutzen oder eben nicht!«

Grenzer passten immer zu zweit untereinander auf, um sich gegenseitig anzuschwärzen, wenn ein Grenzer bewusst daneben oder gar nicht geschossen hatte. Man setzte diese Jungs einer furchtbaren Gewissensnot aus. Die Kleinen stellte die Justiz zuerst vor Gericht. Nun war die Gerichtsbarkeit unter Zugzwang, die Großen ebenso zu fassen. Wir haben im Einigungsvertrag den Artikel 315 EGStGB (Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch): Verurteilt werden konnte nur derjenige, der sich nach dem DDR-Recht strafbar gemacht hatte. Wenn das bundesdeutsche Recht angewendet wird, nur, wenn es milder als das DDR-Recht ist. Das ist also ein uralter Rechtsgrundsatz. Die Rückwirkung ist nach Artikel 103 Grundgesetz (GG) verboten. Danach wären die Fälle überhaupt nicht verhandelbar gewesen. Ich war mit Wolfgang Schäuble für eine Amnestie. Wenn Sie in die Geschichte blicken: alle großen Friedensbeschlüsse beginnen mit einer Amnestie. Der Westfälische Frieden beginnt nach dem Dreißigjährigen Krieg damit. Selbst der Saarvertrag,⁹ aus dem Jahr 1956, besagt: »Niemandem darf nach dem Beitritt des Saargebiets zu Deutschland ein Nachteil daraus erwachsen, dass er in der Vorzeit für Frankreich stimmte.« Das ist eine Art Amnestie-Klausel. Wir sagten damals: Die gesamte Auslandsspionage der internen Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) im Ministerium für Staatssicherheit müssen wir amnestieren. Letztendlich sind sie als Hochverräter nach bundesdeutschem

8 Die Festlegungen zum Gebrauch der Schusswaffe der DDR-Grenztruppen in der Dienstvorschrift 018/0/008, 1974 (Auszug): http://www.chronik-der-mauer.de/system/files/dokument_pdf/56410_cdm-740000-dienstvorschrift-schusswaffengebrauch.pdf (letzter Zugriff 4. 5. 2020).

9 Zum Saarvertrag 1956 siehe dazu Bundesgesetzblatt Nr. 25 vom 4. 7. 1959. »Abhandlungen« von Fritz Münch https://www.zaoerv.de/18_1957_58/18_1957_1_a_1_60.pdf (letzter Zugriff 4. 5. 2020).

Recht belangt worden. Der Konstruktion der einheitlich deutschen Staatsbürgerschaft nach waren sie nicht nur DDR-Bürger, sondern Bundesbürger und deswegen Hochverräter. Markus (Mischa) Wolf sagte in seinem Hochverratsprozess vorm 4. Strafsenat Oberlandesgericht Düsseldorf:¹⁰ »Das Land indem ich diente, habe ich nicht verraten.« Nur über die Konstruktion der gemeinsamen Staatsbürgerschaft, die ansonsten ein Segen war, wirkte sich dies in diesen Fällen zum Unsegen aus. Wir gestalteten einen Gesetzentwurf, wonach die noch vor dem Jahr 1990 begangenen Straftaten gemäß Artikel 103 (a) StGB-West für alle DDR-Bürger mit Amnestie belegt werden sollten und für West-Bürger nur in den Fällen, wenn die Voraussetzungen für die Tat minderschwer waren bzw. sich Personen selber stellen. Also nur bei schweren Straftaten. Bei diesem Gesetz wirkten u. a. Wolfgang Bötsch für die CSU, Alfred Dregger für die CDU sowie Wolfgang Mischnick für die FDP mit. Schäuble ging damit zu Hans-Jochen Vogel (SPD) und sagte: »So ein kompliziertes Gesetz können wir nur gemeinsam wegtragen und dürfen es uns später nicht gegenseitig vorhalten.« Vogel sah keinen Handlungsbedarf und lehnte sofort ab. Das kam in den Ältestenrat des Bundestages und blieb bei einem Votum der SPD liegen. Somit war die Sache erschossen. Mir liegt der Vorgang vor. Das ist spannend zu lesen.

Oliver Dürkop: Wir kommen zu Fragen der Begrifflichkeit: Krenz sprach von »Wende«, Helmut Kohl von »geistig moralischer Wende« und seit 1989 sprechen wir von einer »friedlichen Revolution« und dem »Mauerfall«. Wie wichtig ist eine korrekte Terminologie?

Sie verwenden ein Beispiel, damit will ich Sie ärgern. Einmal die »Wende«. Es war mehr als eine »Wende« oder jedenfalls mehr als das, was Krenz wollte. Genauso der »Mauerfall«. Die ist nicht gefallen, die ist weg demonstriert und eingedrückt worden. Da haben Menschen Geschichte geschrieben. Die ist nicht in sich zusammengefallen.

Oliver Dürkop: Im Streit um die Deutungshoheit in der Öffentlichkeit wird immer wieder darüber gesprochen, die DDR sei ein »Unrechtsstaat« gewesen. War für Sie die DDR ein Unrechtsstaat?

Ich halte den Begriff »Unrechtsstaat« für einen Kampfbegriff sowie für einen Begriff, der eine differenzierte Betrachtungsweise nicht möglich macht. Richtig ist, dass der Staat sich auf Besatzungsrecht gründete. Richtig ist, dass er darauf gründete, dass die Menschen sich nicht die Staatsform wählen konnten, sondern sie ihnen aufoktroziert worden ist. Richtig ist auch, dass der Staat eine Mauer,

10 Im Prozess gegen den Generaloberst a.D. Markus Wolf und ehemaligen Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit und Leiter der Spionage Hauptverwaltung A (HVA) im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) erhielt am 6.12.1993 sechs Jahre Freiheitsentzug wegen Landesverrat und geheimdienstliche Agententätigkeit in Tateinheit mit Bestechung. Der Prozess gegen Wolf begann am 4.5.1993 und dauerte 44 Verhandlungstage. Der Vorsitzende Richter war Dr. Klaus Wagner.

einen Stacheldraht sowie sowjetische Bajonette hatte. Gleichwohl, nicht alles, was im Namen des Rechts geschah, war Unrecht.

Wir legten im Artikel 18 des Einigungsvertrags fest, dass Urteile aus der DDR weiterhin vollstreckt werden können. Wenn dem nicht so gewesen wäre, hätten wir am 3. Oktober 1990 alle Mörder laufen lassen müssen. Artikel 19 des Einigungsvertrags besagt: Die Verwaltungsakte der DDR bleiben bestandskräftig, es sei denn, sie sind mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht zu vereinbaren. Also, Sie können die Verwaltungsakte nur mit einem gerichtlichen Verfahren aufheben, weil man an sich von einer Bestandskraft des Verwaltungsakts ausgeht. Ich war damals im Büro von Schäuble in Bonn beim Staatssekretär Franz Kroppenstedt. Er sagte: »Alle Rechtsakte in der DDR sind nichtig.« Ich antwortete ihm: »Dann haben wir fünf Millionen nichtige Ehen!« Der Begriff taugt nichts. Aber ich habe mich einmal dazu in einer Zeitung geäußert und bin verdrochen worden, dass ich sage: »So soll es sein.« Es wäre viel wichtiger, dass wir uns damit auseinandersetzen. Was war das himmelschreiende Unrecht und was konkret ist in geordneten Bahnen verlaufen? Wir erreichen nämlich mit einer undifferenzierten Abqualifizierung eine undifferenzierte Nostalgie. Das Gegenteil hat man damit erreicht, sodass man sagt: »Nein, nein, ich habe das erlebt. Das war doch anders. Wir lassen uns ständig von Euch Wessis unsere Vergangenheit erklären.« Das war das Lebenselixier der PDS bzw. der Linken.

Oliver Dürkop: Worin sehen Sie das Scheitern der DDR? Was waren die Hauptgründe? Inwiefern spielte die Krisenanalyse des DDR-Chefplaners Gerhard Schürer mit dem sogenannten »Schürer-Papier«¹¹ eine evidente Rolle?

Ich habe dieses schon während der Modrow-Zeit erhalten. Wir bekamen es im DDR-Ministerrat¹² in einer Sitzung zu sehen, durften es aber nicht mitnehmen

11 Das sogenannte »Schürer-Papier« [Bundeszentrale für politische Bildung, https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/w5.grenze.1989_10_30_PB_Vorlage_Schuerers_Krisen_Analyse_BArch_DY%2030_J_IV_2_2A_3252.pdf, BArch, DY 30, J IV 2/2A/3252 (letzter Zugriff 4. 5. 2020)] ist die vom Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz in Auftrag gegebene geheime Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen für die Politbüromitglieder Ende Oktober 1989. Es wirkten an diesem Papier aktiv mit: Gerhard Schürer, Gerhard Beil, Arno Donda und Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski. Die Aussage zur Devisenverschuldung wurde in dem Sonderbericht von der Bundesbank im Jahr 1999 die »Nettoverschuldung auf 19,9 Milliarden Valuta-Mark Ende 1989« korrigiert. Die Guthaben des Bereiches Kommerzielle Koordinierung (KoKo) fehlten in der Schürer-Bilanz, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/689284/7410029db56fb56ea6ce81816f8017ee/mL/zahlungsbilanz-ddr-data.pdf> (letzter Zugriff 1. 5. 2020).

12 Der Ministerrat der DDR mit dem Vorsitzenden Hans Modrow bestand vom 18. 11. 1989 bis 12. 4. 1990. Die Mitglieder wurden bestimmt und bestanden aus Mitgliedern der SED/PDS, den Blockparteien und Massenorganisationen in der Volkskammer. Am 5. 2. 1990 nahm Modrow Vertreter der neuen oppositionellen Gruppierungen des »Zentralen Runden Tisches« als »Minister ohne Geschäftsbereich« in die Regierung mit auf. Es entstand bis 12. 4. 1990 die »Regierung der nationalen Verantwortung«. Lothar de Maizière war Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates sowie Minister für Kirchenfragen. Sein Rücktritt erfolgte am 25. 1. 1990. Er blieb bis zum 9. 2. geschäftsführend im Amt.

und keine Notizen anfertigen, sondern nur lesen. Ich muss zugeben, ich habe geheult, als ich es las! Es existiert ein Vorpapier zum Schürer-Bericht zur monetären Lage, wie Kredite eingeworben wurden usw. Das ist in der Literatur, so glaube ich, gar nicht erschienen.

Zu den Ursachen des Scheiterns der DDR. Erstens: Sie existiert – zumindest seit dem 13. August 1961 – auf Grundlage der Mauer und der sowjetischen Bajonnette. Unsere Lebenserfahrung waren die Erlebnisse 17. Juni 1953, das Jahr 1956 in Ungarn und 1968 in Prag. Folgendes Schlüsselereignis: Michail Sergejewitsch Gorbatschow erklärte im September 1988 im Rahmen der UNO¹³: »Die Breschnew-Doktrin¹⁴ ist nicht mehr Instrument sowjetischer Außenpolitik, sondern das Prinzip der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten!« Die Breschnew-Doktrin war im November 1968 in Warschau verabredet worden und lautete sinngemäß: »Wenn in einem unserer Länder der Sozialismus in Gefahr gerät, haben wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, einzugreifen, die Konterrevolution nieder zu zwingen, um diesen wiederherzustellen.« Das war die nachträgliche Rechtfertigung für das Eingreifen in Prag. Jetzt kommt ein Gorbatschow: »Das ist nicht mehr unser Instrumentarium.« Für mich wird klar, dass kann das Ende der DDR bedeuten, denn die DDR basierte auf zwei Säulen: der Mauer und den sowjetischen Bajonetten. Deswegen kamen von Krenz im August 1989 die Dankesworte an die Chinesen.

Zweitens: Die DDR ist ökonomisch zugrunde gegangen, weil sie von den Russen ausgeplündert worden ist. Das war Jahrzehnte so. Wir zahlten zeitweilig 22 % der laufenden Produktion an die Russen. Zum Beispiel für jedes Schiff, das wir für die Russen bauten, bekamen wir nur 66 % unserer Kosten bezahlt. Der Rest wurde aus dem Staatshaushalt an die Werft gezahlt, damit diese weiterarbeiten konnte. Darüber könnte ich weitere Details berichten.

Drittens: Spätestens mit Gorbatschow begann im Jahr 1987 der Prozess der Entsolidarisierung der Genossen von ihrer eigenen Partei. Die SED-Leute selber wollten so nicht mehr weitermachen. Das erklärt, warum am Ende niemand mehr einen ernsthaften Widerstand leistete. Sicherlich von der Bürgerrechtsbewegung, aber das schätze ich nicht in dem Maße, wie sie selber ihre Rolle beurteilen. Wenn die DDR ökonomisch funktionierte, hätten die paar Bürgerrechtler diese nicht einfach einreißen können. Sie hat eben nicht funktioniert. Ich glaube, dass es

13 United Nations Organization.

14 Die Breschnew-Doktrin wurde am 12. 11. 1968 vom sowjetischen Parteivorsitzenden Leonid Breschnew auf dem 5. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei verkündet. Sie ging von der beschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten aus. Daraus wurde das Recht abgeleitet einzugreifen, wenn in einem dieser Staaten der Sozialismus bedroht würde. Die Breschnew-Doktrin war eine Reaktion auf die Ereignisse des Prager Frühlings im Jahr 1968. Modifiziert wurde diese Doktrin im August 1989 auf der Tagung des Politisch-Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts in Bukarest: Absage an die »Breschnew-Doktrin« und defensive Ausrichtung des Militärbündnisses. Am 25. Oktober 1989 erklärte Gorbatschow bei einem Staatsbesuch in Finnland den Verzicht auf den Einsatz von Gewalt gegen Staaten des eigenen Bündnisses.

ähnlich wie in Polen mit der katholischen Kirche für Solidarność bei meiner protestantischen Kirche war. Für die Gruppen war sie wichtig als Schutz- und Artikulationsraum. Sie lernten in unseren Räumen zu diskutieren, zu argumentieren und wir garantierten: »Wenn es notwendig ist, stellen wir uns vor, aber nicht in allem hinter Euch.« Das, was in den Synoden diskutiert und besprochen wurde, können sie im Papier vom 19. September 1989 von der Eisenacher Bundessynode nachlesen,¹⁵ was Friedrich Schorlemmer und ich abfassten. Klar und deutlich beschreiben wir, was wir von diesem Gemeinwesen fordern. Ich weiß genau, wie der letzte Satz lautete: »Wir wissen nicht, ob uns das Kreuz erspart bleibt. Wir wissen nur, dass unser Herr Jesus Christus das Kreuz mit uns trägt.« Wir hatten immer noch den Himmlischen Frieden von Peking vor Augen. Am 7. Oktober 1989 zum 40. Jahrestag der DDR überlegten wir, wer für die kirchlichen Angelegenheiten hingeht. Das erwartete der Staat: Bischöfe mit Kreuz. Wir sagten: »Nein, die gehen nicht. Es sind Oberkirchenrat Martin Ziegler und Manfred Stolpe.« Das waren also Leute aus dem Apparat. Der damalige Staatssekretär Kurt Löffler begrüßte sie und sagte: »Es ist eine Unverschämtheit, dass hier nur die zweite Reihe kommt. Meine Herren merken Sie sich, Peking ist nur geografisch weit entfernt.«

Oliver Dürkop: Sie sind eng mit Gregor Gysi befreundet. Welche Konflikte existierten zwischen dem CDU-Vorsitzenden und dem Chef der SED-PDS?

Sicherlich gab es Konflikte. Wir kennen uns seit 1975 und bearbeiteten sehr viele schwierige Verfahren im Bereich des politischen Strafrechts und ähnlichem mehr miteinander. Wir konnten uns immer absolut aufeinander verlassen. Wir wussten, dass wir in vielen Dingen unterschiedlicher Auffassung sind, beispielsweise in Fragen weltanschaulicher Themen. Im Herbst 1989, als die Politik für uns beide begann, verständigen wir uns darauf, unsere Meinungsverschiedenheiten öffentlich auszutragen, aber versprachen uns in die Hand, dass wir das nie persönlich nehmen. Wir sind ganz stolz darauf, dass es so geblieben ist. Wir griffen uns nie persönlich an, sondern diskutierten immer nur in der Sache. Wir fetzten uns ziemlich in der Volkskammer. Aber wie gesagt, das ging nie unter die Gürtellinie. Gemeinsam einen Kaffee trinken, war schwierig, als wir später in Bonn waren. Für meine westdeutschen Fraktionskollegen war es völlig unverständlich, warum ich das tue. Am 21. Juni 1991, als es um die Hauptstadtfrage Berlin oder Bonn ging, hatte die PDS morgens einen Extra-Antrag zugeschickt: »Umzug sofort!« Daraufhin reagierten meine Unionskollegen und meinten zu mir: »Um Gottes Willen.« Ich antwortete: »Den Antrag nehmen die zurück.« Sie: »Wieso?« Ich: »Naja, mit dem Antrag kann er eine Viertelstunde reden und ohne eigenen Antrag kann er nur fünf Minuten reden.« Sie: »Ja, können Sie das mal

15 Vom 15. bis zum 19. September 1989 tagte die Synode in Eisenach. Die Kirchenvertreter waren sich einig, dass die Kirche angesichts der »bedrängenden Probleme« in der DDR politische Verantwortung übernehmen müsste. Der Beschluss der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR im September 1989, in: Gerhard Rein, Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989, S. 216.

abklären?« Ich ging zu Gregor: »Gregor, Du nimmst den Antrag von der Abstimmung zurück.« Er meinte: »Das hätte ich eh getan!« Er ist halt ein Praktiker und deshalb war mir völlig klar, um Redezeit zu schinden, stellte er deswegen einen eigenen Antrag.

Oliver Dürkop: Die spätere Bundeskanzlerin Merkel war damals zweite Regierungssprecherin. War für Sie abzusehen, dass sie später eine so bedeutende politische Karriere absolviert?

Ich erkannte damals ihre weit überdurchschnittliche Intelligenz und ihre formale Logik. Sie denkt sehr wissenschaftlich. Sie wird niemals die begünstigende Bedingung und die Ursache verwechseln. Aber das Durchsetzungsvermögen traute ich ihr nicht zu. Das erwarb sie sich erst in den Jahren der politischen Auseinandersetzung oder guckte sie sich bei Kohl ab. Wie auch immer.

Oliver Dürkop: Warum setzten Sie Frau Merkel in Moskau in die U-Bahn?

Ich wollte, dass wir die Stimmung testen wie die russische Bevölkerung über die deutsche Einheit denkt. Sie spricht perfekt die russische Sprache. Ich sagte: »Höre Dich mal bitte um, fahr mal U-Bahn oder Bus und Taxi und rede mit den Menschen.« Sie kehrte zurück und meinte: »Josef Stalin hat den Zweiten Weltkrieg gewonnen und Gorbatschow ist dabei, ihn zu verlieren.« Das war die Meinung, die Moskauer ihr gegenüber äußerten. Für uns war damit klar, dass wir uns beileben und alles tun müssen, um Gorbatschow zu stützen. Denn nur so lange wie er am Regierungsruder sitzt, kriegen wir die deutsche Einheit gestemmt. Am 12. September 1990 unterschrieben wir in Moskau den Zwei-plus-Vier-Vertrag, am 15. März 1991 trat er in Kraft und im Sommer 1991 war Gorbatschow weg. Unsere Geschichte hatte eben nur ein bestimmtes Zeitfenster, was wir nutzen konnten und mussten.

Oliver Dürkop: Im Vorwort zu Ihrem Buch »Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen« nennen Sie Gorbatschow Ihren »Freund«. Ihr erstes Treffen in Moskau startete aber nicht sehr freundschaftlich.

Nein! Ich komme am 19. April 1990 zu ihm nach Moskau. Als erstes sagte er zu mir, er erwarte von mir dies und das, das und dies. Dann meinte ich zu ihm: »Herr Präsident, die Zeit, in der ein Ministerpräsident der DDR zum Befehlsempfang kommt, ist vorbei. Ich komme als freigewählter Ministerpräsident einer freigewählten Volkskammer. Ich bin bereit, mit Ihnen über die Dinge zu verhandeln, die von gemeinsamem Interesse sind, aber Befehle nehme ich nicht entgegen!« Das war für ihn eine neue Situation und für mich ebenso. Ich war dabei ziemlich aufgeregt. Meine Dolmetscherin meinte zu mir: »Wir kommen hier nicht mehr raus.« Er war mit meinen Vorgängern sehr grob gewesen und die waren wahrscheinlich nicht so extrem im Ton. Aber ich dachte mir: »Ich muss das jetzt einfach sagen, sonst textet der mich mit seinen Forderungen voll.« Aber wir verstanden uns in der Folgezeit sehr gut. Wir leiteten später zusammen den Petersburger Dialog. Er gab es allerdings vor drei Jahren auf. Es wurde ihm zu viel. Wir

hatten eine erfolgreiche Arbeitsteilung. Es geht ihm gesundheitlich nicht mehr so gut. Er resigniert und sagt: »Ein Leben ohne Raissa ist doch sowieso kein Leben mehr.« Der Verlust von Raissa veränderte ihn zu einem anderen Menschen.

Oliver Dürkop: Nach Ihrer Wahl wurden Sie vom sowjetischen Botschafter in die Botschaft zitiert. Erzählen Sie bitte davon.

Wjatscheslaw Iwanowitsch Kotschemassow war der Nachfolger von Pjotr Andrejewitsch Abrassimow, der in Berlin »Regierender Botschafter« hieß. Die Sowjets waren gewohnt, wenn sie anriefen, dass der DDR-Ministerpräsident erscheint. Ich informierte, dass die Zeit, wo der DDR-Ministerpräsident vom Botschafter einbestellt wird, vorbei ist. Der Herr Botschafter dürfe um einen Termin ersuchen. Also teilte ich mit, einen zeitnahen Termin aussuchen, damit er nicht allzu ärgerlich wird. Als er zu mir kam, machte er seinem Unmut erst einmal Luft. Das Gespräch begann, dass ich davon ausgehen dürfte, dass ich genau derjenige wäre, den sich Moskau am wenigsten wünschte. Nachher verstand ich mich mit ihm eigentlich immer ganz gut. Er war ein sehr netter, älterer Herr, der nicht so draufgängerisch wie Abrassimow war.

Kotschemassow war an und für sich ein russischer gutmütiger Kerl. Er wusste, dass das seine letzte Verwendung war. Er erzählte mir, dass er am Tag des Mauerfalls in Moskau beim Auswärtigen Amt anrief und sich erkundigte, wer der Diensthabende in der Nacht war. Ob es ein »Falke« oder eine »Tauben« war. Weil er tatsächlich keiner von den »Scharfmachern« war, meldete er nicht, dass die Mauer offen war. Dann erhielt er am nächsten Tag einen wütenden Anruf von Gorbatschow, warum er aus der *Washington Post* erfahren müsse, dass in Berlin die Mauer offen ist und ihm sein eigener Botschafter nichts mitteilte. Er war sich wohl nicht sicher, wie das Außenministerium reagiert, wenn er das am gleichen Tag gemeldet hätte. Wir hatten einige Male miteinander zu tun, wenn insbesondere die Gefahr bestand, dass es zwischen stationierten Sowjets und der deutschen Bevölkerung zu Unstimmigkeiten kommen würde. Wir bemühten uns, jeden Konflikt zu vermeiden.

Später wurde Kotschemassow durch Gennadi Schikin ersetzt, der aus Österreich kam. Das war ein schleimiger Hund: Wenn er »Ja« sagte, dann war es nicht sicher ein »Ja«. Wenn er ein »Nein« fällt, dann war es auch ein »Nein«. Später schrieb er ein Buch, wo er über unser Verhältnis meinte, mit mir gut ausgekommen zu sein und es ein Glück für das Land DDR gewesen wäre, dass noch ein kluger Mann regierte. So ungefähr jedenfalls ... Er erkannte, dass die Zeit des regierenden Botschafters ablief. Also sprachen wir miteinander. Wir beide standen in der Verantwortung, dass es zwischen unseren Völkern niemals kracht. Ich äußerte immer: »Wir haben eine wichtige Aufgabe, dafür zu sorgen, dass wir mit unserer Revolution in der girondistischen Phase bleiben und nicht in die jakobinische Phase abrutschen.«

Michael Gehler: Versuchte Kotschemassow in irgendeiner Form Einfluss auf das Ende der DDR zu nehmen, um es auf die lange Bank zu schieben? Es stan-

den die »Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion« (WWSU) an, der deutsche Staatsvertrag usw.

Er wurde, so glaube ich, in Moskau nicht mehr ernst genommen. Die Frage der Währungsunion besprach Ryschkow mit mir. Er rief mich an und verlangte, dass das russische Guthaben »2:1« umgestellt werden muss. Weil die Währungsunion vorsah, dass Auslandsguthaben »3:1« umgestellt werden. Da sagte ich: »Oh nein, Sie sind Ausländer.« Er im Befehlston: »Sie kommen Montag zu mir nach Moskau!« Ich: »Ich komme am Montag nicht nach Moskau.« Ein paar Stunden später erhielt ich die Nachricht, in Schwedt kommt kein Öl mehr an. Sie hatten den Ölhahn gedrosselt. Ich rief Ryschkow an: »Wissen Sie, Herr Ryschkow, die DDR hat in ihrer Hysterie eine Staatsreserve von vier Monaten aufgebaut. Ich habe also für vier Monate alles, was ich brauche: Gas, Öl usw. gespeichert. Ihre Soldaten aber haben in 14 Tagen keinen Pfennig kurante Währung mehr in der Tasche. Entweder läuft das Öl wieder oder wir ...!« Ein paar Stunden später erhielt ich die Nachricht: »Das Öl läuft wieder!« Sehen Sie, die Russen sind so: Man gab ihnen Kontra, dann sind sie zurückgewichen.

Oliver Dürkop: Wie empfanden Sie den Annäherungsprozess zwischen Ost- und West-CDU?

Schwierig. Es gab in der West-CDU im Grunde genommen zwei Meinungen. Die Einen sagten: »Wir wollen mit den Blockflöten aus dem Osten nichts zu tun haben«¹⁶ und die Anderen meinten: »Das sind unsere natürlichen Verbündeten.« Ich weiß es jetzt nicht mehr, war es Sachsen oder Sachsen-Anhalt. Die Führungsspitzen wollten da nicht ran. Erst als die Volkskammer-Wahl vom 6. Mai auf den 18. März 1990 vorgezogen wurde, war wohl klar, dass ich Verbündeter sein könnte und letztlich ging es. Aber es ging bis weit nach der Einigung. Ich entsinne mich zum Beispiel bei den Bundesvorstandssitzungen kam Willibald Böck aus Thüringen, der damals Innenminister war, der kam im Frühjahr 1990 nach Bonn und legte eine Blockflöte auf den Tisch. Er machte das ganz bewusst. Er ist ein großer Kerl und wollte damit provozieren. Volker Rühle wollte gar nichts mit uns zu tun haben. Mit Rühle bin ich furchtbar aneinandergeraten. Ich weiß noch, wir stehen am Empfang und er redete mit seinem Kumpel: »... und die Blockflöten ...!« Ich stand ein bisschen entfernt, er redete so laut, dass ich das hören konnte. Ich bin dann hingegangen: »Wissen Sie was, Herr Rühle, Sie haben völlig Recht. Ich bin eine Blockflöte. Aber wenn Sie im Osten groß geworden wären, wären Sie wahrscheinlich bei der SED im Bezirk zuständig für Agitation und Propaganda

16 Despektierlicher Ausdruck für Blockparteien und deren Mitglieder. Gegen Ende der DDR hatten die Blockparteien über 450 000 Mitglieder. Die SED hingegen über zwei Millionen Mitglieder. Im Ministerrat der DDR waren 1989 41 Mitglieder aus der SED und vier aus den Blockparteien. Blockparteien waren die Christlich Demokratische Union (Ost-CDU), die Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD), die Bauernpartei (DBD), die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD). Ausführlich in »Die Rolle der Blockparteien in der DDR«, <https://www.bundestag.de/resource/blob/535376/451c84053a9a7c69817063e47d-codoa6/WD-1-004-17-pdf-data.pdf> (letzter Zugriff 4. 5. 2020).

gewesen.« Das war der Beginn einer echten Männerfreundschaft. Das hat sich dann noch ausgewachsen und ich habe viele gute Bekannte und Freunde in der bundesdeutschen CDU. Ebenso war es mit Peter Hinze. Aber man kann sich sein Gegenüber nun mal nicht aussuchen, sondern man hat es.

Oliver Dürkop: Zählten Sie Kohl zu Ihren Freunden?

Wissen Sie, wir sind zu unterschiedlich. Er ist ein rheinischer Katholik, der in großen Zusammenhängen denkt und ich bin eine Art Korinthenkacker. Ich sage immer: Kohl kann große Fresken malen und ich Federzeichnungen.

Wenn es um Detailfragen ging, empfahl Kohl immer: »Gehen Sie zu Wolfgang.« Das war beim Schäuble besser aufgehoben. Aber ich habe großen Respekt vor dem, was er umsetzte. Bis zum 3. Oktober 1990 machte er keinen Fehler. Angefangen mit dem Zehn-Punkte-Plan vom 28. November 1989 bis zum 3. Oktober 1990, dem Tag der deutschen Einheit. Danach passierten Fehler, die er in der wirtschaftlichen Entwicklung mit zu verantworten hat. Zumal er davon nichts versteht. Das interessiert ihn gar nicht. Den interessiert das Geschichtsbuch viel mehr. Er sorgte dafür, dass das richtig im Geschichtsbuch drinsteht.

Oliver Dürkop: Ab wann und wodurch dachten Sie das erste Mal an ein vereinigtes Deutschland? Dachten Sie dabei auch bereits an ein vereinigtes Europa?

Das ein vereinigtes Deutschland auch zu Europa gehöre, war mir von Anfang an klar, einmal durch die Situation, dass die Teilung Deutschlands durch unsere Familie hindurch ging. Es war immer eine Frage, wann das Eins werden könnte. Ich dachte natürlich nicht, dass das im letzten Jahrhundert noch geschieht, sondern äußerte: »Das wird größere Zeiträume brauchen.« Schon in den Tagen des Falls der Mauer war mir klar, wo es hingeht. Wir waren als ostdeutsche CDU die Ersten, die bei einem Parteitag Anfang Dezember 1989 festlegten: »Das Ziel unserer Politik ist die Wiedervereinigung Deutschlands.« In welcher Art und Weise das geschieht, war noch unklar. Ich weiß, dass Modrow dies fast als Aufkündigung der Koalition mit uns sah, dass ich auf dem Parteitag proklamierte: »Unser Ziel ist die Wiedervereinigung Deutschlands!« Modrow glaubte lange Zeit, es könnte eine eigenständige DDR geben. Als er allerdings Ende Januar 1990 von Gorbatschow zu hören kriegte, die Sowjetunion wird ihn nicht mehr unterstützen, weil sie kein Geld hat, hat er dann am 1. Februar 1990 in der Volkskammer gerufen: »Deutschland einig Vaterland.« Das war der Schwenk in die Richtung. Es war schon in der November-Zeit im Jahr 1989, als mir klar wurde, wohin das läuft. Die Grundlage der Zusammenarbeit mit Modrow im Kabinett war: Am 12. November 1989 fragte er mich und ich antwortete: »Nur unter zwei Bedingungen. Erstens: Dass die führende Rolle der SED aus der Verfassung gestrichen wird.« Diese stand in der Verfassung drin und ohne das geht es nicht in einer Koalition. »Zweitens: Der Grundkonsens dieser Koalitionsregierung Modrow muss sein, dass wir freie Wahlen anstreben.« Wir haben uns geeinigt, dass das Land ohne Hungern und ohne Frieren den Winter erlebt und wir freie Wahlen erreichen. Sie denken vielleicht: »Warum sollten die denn frieren?« Die Volksarmee der DDR (NVA) war

in Notfällen bei der Braunkohle und plötzlich sagten die zu mir: »Warum – das ist nicht unsere Aufgabe. Das machen wir nicht mehr.« Der Kohlevorrat der DDR reichte nur noch für knapp zwei Tage. Die Waggons, in denen die Braunkohle transportiert wurde, mussten geheizt werden, damit sie nicht zusammen friert und in die Kraftwerke kommen kann. Das war die einzige Energie. Wir hatten keine Alternativen. Wenn ich an Weihnachten 1989 denke: Wir brachten damals den gesamten Güterverkehr von der Schiene runter auf die Straße. Die Volksarmee besorgte Laster, weil wir die Züge für die Interzonenzüge benötigten. Wir organisierten innerhalb weniger Tage 3000 Interzonenzüge in der DDR, weil Ziel war, dass die in den Westen fahren konnten, um die Weihnachtsversorgung zu gewährleisten. Das war die Zeit vor Weihnachten bis ins neue Jahr 1990 hinein. Ebenso die Logistik, die damals unglaublich gut von meinem späteren Verkehrsminister Horst Görtner gemeistert wurde. Sehr lobenswert. Ich glaube, dass uns DDR-Bürgern dieses Gefühl zum Improvisieren anezogen war. Wir haben uns von Rechtsvorschriften nicht so furchtbar aufhalten lassen.

Dazu ein Witz: Margot bestellt bei Herrn Schalck-Golodkowski, er soll irgendetwas aus dem Westen mitbringen. Er sagte: »Klar, das geht alles seinen sozialistischen Gang.« Sie fragt: »Geht's nicht ein bisschen schneller?«

Oliver Dürkop: Warum bekamen Hans Modrow, Wirtschaftsministerin Christa Luft¹⁷ und die neue Regierungsdelegation am 13. Februar 1990 keinen 15 Milliarden D-Mark »Solidarbeitrag« von Bundeskanzler Helmut Kohl und Finanzminister Theo Waigel in Bonn?

Modrow fuhr nach Bonn und wollte von der Bundesrepublik ein Darlehen von 15 Milliarden D-Mark haben. Nicht geschenkt, sondern ein Darlehen! Kohl dachte sich wohl, er will diese Regierung nicht stabilisieren und stützen: »Wir werden die DDR unterstützen – nach der ersten freien Wahl. Die erste freie Regierung wird materiell unterstützt.« Das Unkluge von Modrow war vielleicht, dass er nicht darum bat, sondern behauptete, dass wäre ein Anspruch. Die Bundesrepublik wäre verpflichtet zum Ausgleich der Nachteile, die die DDR durch die Bundesrepublik hätte. Man kann natürlich darüber diskutieren, ob es so wäre. Es waren tausende Ärzte und 16 000 sonstige Personen, die bis zum Mauerbau im Westen hoch angesehen waren und dem Osten für die Ausbildungsinvestition viel Geld kosteten. Das konnte man nicht kompensieren und schon gar nicht zur Grundlage von Darlehensforderungen festlegen. Seine Begleitung bestand u. a. aus Eppelmann und Ullmann sowie weiteren Akteuren. Also ausgerechnet die Leute, die man auch im Westen kannte, nahm er nicht mit. Das können Sie ziemlich gut an den Gesichtern auswerten. Ich sah die Bilder im Fernsehen. Persönlich war ich nicht dort, aber wahrscheinlich war die Entscheidung richtig.

17 30 Jahre nach der politischen Wende sprach als einstige Wirtschaftsministerin der Modrow-Regierung Prof. Christa Luft ausführlich über die Treuhandpolitik und deren Folgen. Video der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. 9/2019, https://www.youtube.com/watch?time_continue=2&v=JYtPdKjdvdK&feature=emb_logo (letzter Zugriff 11. 5. 2020).